



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 15
Dienstag, 16. November 2010
18:00 - 20:51 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 07.12.2010

Vorsitz:	Theresia Derksen	CVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 34 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Fabian Käslin	JFSH
Anfang der Sitzung:	Edgar Zehnder	SVP

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	Postulat von Walter Hotz: "Outsourcing" von Dienstleistungen	Seite 449
2	Postulat Christine Thommen: Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen	Seite 462
3	Postulat Daniel Preisig: Ganzjährig nutzbare Rhybadi: Wellness-Oase mit Mu- notblick!	Seite 475

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

26.01.2010	VdSR Totalrevision der Stadtverfassung	SPK
06.07.2010	Orientierungsvorlage: Wohnraumentwicklung Schaffhausen Nachtrag I: RSE Projekt Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei vom 9. November 2010	SPK
06.07.2010	Motion Fabian Käslin (JFSH): 190'000 CHF sind genug!	
15.07.2010	Postulat Walter Hotz (FDP): "Outsourcing" von Dienstleistungen	
03.08.2010	VdSR Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) Massnahmenpaket 1	SPK
21.09.2010	Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ersatzneubau Künzle-Heim, Mängel bezüglich altersgerechtes Wohnen	
01.10.2010	Budget 2011 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und Botschaft des Stadtrates an den GrSR zum Voranschlag 2011	GPK
02.11.2010	Interpellation Simon Stocker (AL): Stadtentwicklung im Güterbahnhof	
02.11.2010	Postulat Katrin Huber Ott (SP): Autofreie Altstadt	
02.11.2010	Präzisierungsvorlage betreffend Verkauf des Grundstücks GB Nr. 3768 in Beringen	GPK
11.11.2010	Motion Walter Hotz (FDP): Transparenz bei Nachtragskrediten	

2010 Kleine Anfragen:

19	Walter Hotz (FDP)	Informationspolitik des Stadtrats	16.11.10
----	-------------------	-----------------------------------	----------

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**Traktandum 1 Postulat von Walter Hotz (FDP):
"Outsourcing" von Dienstleistungen**

Das Postulat wird von Walter Hotz (FDP) begründet, von SR Peter Neukomm beantwortet und im Rat diskutiert. Der Grosse Stadtrat erklärt in seiner Schlussabstimmung das Postulat mit 24 : 10 Stimmen nicht erheblich.

**Traktandum 2 Postulat von Christine Thommen (FDP):
Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen**

Das Postulat wird von Christine Thommen (FDP) begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert. Der Grosse Stadtrat erklärt in seiner Schlussabstimmung das Postulat mit 24 : 9 Stimmen erheblich.

Punkt 1 des Postulatstexts wird wie folgt angepasst:

1. Mit welchen Massnahmen das Ziel der Stadt Schaffhausen in einer energieautarken Region erreicht werden kann.

**Traktandum 3 Postulat von Daniel Preisig (SVP):
Ganzjährig nutzbare Rhybadi: Wellness-Oase mit Mu-
notblick**

Das Postulat wird von Daniel Preisig (JSVP) begründet, von SR Peter Käppler beantwortet und im Rat diskutiert. Der Grosse Stadtrat erklärt in seiner Schlussabstimmung das Postulat mit 24 : 8 Stimmen erheblich.

Begrüssung

Die **Ratspräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 15 vom 16. November 2010 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Käppler und Peter Neukomm sowie der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Individuelle Sitzungsgeldabrechnung des Grossen Stadtrats 2009/2010
- Fehlende Seite 141 im Budget 2011
- Motion von Walter Hotz (FDP) mit dem Titel "Transparenz bei Nachtragskrediten", Eingangsdatum 11. November 2010.
- Zur Orientierungsvorlage Wohnraumentwicklung Schaffhausen vom 6. Juli 2010: Nachtrag I (RSE Projekt Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgieserei) vom 9. November 2010. Das Geschäft wird zur Vorberatung der bereits bestehenden Spezialkommission zugewiesen.

MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN:

Änderung in der SPK Systematisierte Leistungsanalyse (SLA), Massnahmenpaket 1: Katrin Hauser-Lauber (FDP) wird Thomas Hauser (FDP) ersetzen.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 14 vom 2. November 2010 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Traktandum 1 Postulat von Walter Hotz: "Outsourcing" von Dienstleistungen**Walter Hotz (FDP)****Begründung**

"Könnte eine Auslagerung von Dienstleistungen und Fremdbezug von bisher intern erbrachter Leistung für die städtische Verwaltung eine Strategie sein?"

Ich gebe zu, eine Verlagerung der Leistungserbringung aus einer öffentlichen Verwaltung ist nicht einfach und benötigt einiges an Erfahrung und Fingerspitzengefühl. Was es braucht, sind gradlinige Persönlichkeiten, die ein offenes Ohr haben, einen genauen Überblick in einer staatlichen Verwaltung und die willens sind, die Unkosten zu reduzieren. Man muss sich überlegen was unsere Kernkompetenzen sind und sich sagen „Mache das Beste, was du kannst, den Rest verlagere“. Ich bin überzeugt, und das zeigt sich auch in der Privatwirtschaft, dass gewisse Funktionen auszulagern auch für unsere städtische Verwaltung eine erfolgversprechende Strategie sein kann. Sie werden jetzt natürlich denken, der Hotz soll endlich sagen, wo er eine schrittweise Auslagerung für sinnvoll hält. Sehen sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das werde ich aus guten Gründen nicht tun. Es ist nämlich die Aufgabe des Finanzreferenten, der Kollegin und Kollegen, aber insbesondere des Stadtpräsidenten das Zepher in die Hand zu nehmen und konkrete Szenarien zu entwickeln, ohne die wirklich wichtigen Leistungen der Stadt zu gefährden. Sie, Herr Stadtpräsident, Frau Stadträtin und Herren Stadträte müssten sich dem Grundsatz verpflichten, sich zu überlegen, was für die Stadt, welche Leistungen wirklich wichtig sind und welche nicht. Das erfordert eine starke Führung mit einer klaren Vorstellung dessen, was wirklich nötig ist. In meinem Postulat schreibe ich deshalb auch: Der Stadtrat wird gebeten, durch seine interne Führungsunterstützung „Controllerdienst“ die Leistungsfähigkeit seiner Dienstleistungen und Tätigkeiten in der städtischen Verwaltung, welche grundsätzlich an privatwirtschaftliche Träger ausgelagert werden können, abzuklären. Das Postulat verlangt nicht mehr und nicht weniger.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn der Stadtrat, wie in seiner Antwort vom 03. August 2010 auf meine Kleine Anfrage vom 12. April 2010 „Aufwendungen der Stadtverwaltung für Dienstleistungen und Honorare“ auf Seite 2, 3. Abschnitt schreibt: Zitat: *"Mit einem Postulat „Outsourcing von Dienstleistungen“ vom 13. Juli 2010 verlangt der Fragesteller, dass die Stadt die Erbringung von Dienstleistungen vermehrt an Dritte auslagern soll, um die Personalkosten einzusparen. Solche Auslagerungen würden aber zu einer weiteren Kostensteigerung in der Sachgruppe 318 „Dienstleistungen und Honorare“ führen. "*, Ende Zitat, so muss ich dazu Folgendes sagen:

1. In meinem Postulat bitte ich den Stadtrat eine Untersuchung einzuleiten und uns Mitgliedern des Grossen Stadtrates einen Bericht vorzulegen, wie das Ergebnis bezüglich Outsourcing in der städtischen Verwaltung verwirklicht werden könnte. Das kann Sie doch, meine Dame und Herren Stadträte, nicht überfordern, und Sie müssen doch nicht schon im Vorfeld eines Vorstosses eine Abwehrreaktion einnehmen.
2. Dass der Stadtrat jetzt schon zum dritten Mal bezüglich eines Vorstosses öffentlich Stellung nimmt, bevor der Vorstoss von der jeweiligen Person im Grossen Stadtrat begründet werden kann (ich denke an die Interpellation von Grossstadträtin Lotti Winzeler „Ersatzneubau Künzle-Heim, an die Motion 190'000.00 Franken sind genug“ von Fabian Käslin und an mein Postulat „Outsourcing“), ist eine Entwicklung, die unschön, ja bedenklich ist und eigent-

lich von Ihnen, geschätzte Ratspräsidentin, schon längstens hätte unterbunden werden müssen.

Die angestrebten Vorteile des Outsourcings umfassen wirtschaftliche Aspekte wie die Einsparung von Personal- und Raumkosten oder die Vermeidung von materiellen Investitionen. Das ist für mich unbestritten. Verlagerung von Dienstleistungen ist eine strategische Entscheidung und begründet eine langfristige Partnerschaft. Diese Partnerschaft könnte, nebst mit Privaten, auch auf der Basis einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Kanton oder anderen Gemeinden sein. Jedoch muss man es nun endlich anpacken und umsetzen.

Sie, meine Dame und Herren Stadträte, haben dem Parlament und der Bevölkerung in ihren Legislatorschwerpunkten 2009 – 2012 vom 17. März 2009 unter Punkt 7, dem Haupttitel „Politik und Verwaltung“ Absatz 7.1 und 7.4 versprochen.

Ich zitiere: Punkt 7.1:

Ziel in der Legislatur: Die kommunale und regionale Zusammenarbeit sind selbstverständlich geworden.

Hauptmassnahmen: Zusammenarbeit mit dem Kanton und den Nachbargemeinden sowie privaten Partnern wird gefördert und erweitert. Die Augenhöhe wird jederzeit gewährt.

Und unter Punkt 7.4:

Ziel in der Legislatur: Die Stadt Schaffhausen hat eine moderne bürgerfreundliche Verwaltung mit zeitgemässen Kompetenzen, Strukturen und Prozessen.

Hauptmassnahmen: Mitarbeitende engagieren sich für kontinuierliche Verbesserungen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass Outsourcing öffentlicher Aufgaben und Leistungen für mich in fast allen Bereichen der städtischen Verwaltung, aber auch im administrativen Bereich möglich und sicher auch sinnvoll ist.

Ich bin gespannt auf die Stellungnahme des Stadtrates, gerade auch im Hinblick seiner Zielsetzungen der Legislatorschwerpunkte 2009 – 2012 und selbstverständlich auch von Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. “

SR Peter Neukomm

Stellungnahme Stadtrat

”Ich nehme im Namen des Stadtrats Stellung zum Postulat von Walter Hotz “Outsourcing von Dienstleistungen”. Aufbau meines Berichtes: Zuerst möchte ich etwas zur Begrifflichkeit sagen, anschliessend komme ich zu den Vor- und Nachteilen des Outsourcings, zur wichtigen Frage der Auswahl des Partners, zu den rechtlichen Grundlagen, zum Ist-Zustand, zur Haltung des Stadtrats und abschliessend zum Fazit sowie zu einer kurzen Stellungnahme zu einigen Voten des heutigen Abends.

1. Begrifflichkeit:

Der Begriff des Outsourcings basiert auf der aus dem amerikanischen stammenden Formulierung „Outside Ressource Using“. Sie kann allgemein als Strategie bezeichnet werden, um Funktionen, die nicht unmittelbar in den hoheitlichen Bereich der öffentlichen Verwaltung fallen, an externe Leistungserbringer auszulagern.

Das Outsourcing in der öffentlichen Verwaltung unterscheidet sich von der blossen Auftragsvergabe dadurch, dass es sich meist um Tätigkeiten handelt, die vorher durch das Gemeinwesen selber erbracht worden sind. Zudem beinhaltet es in der

Regel eine längerfristige Bindung an den Erbringer der ausgelagerten Dienste.

2. Vor- und Nachteile:

Als Begründung für das Outsourcing werden immer wieder Kosten- beziehungsweise Effizienz Aspekte ins Feld geführt. Outsourcing garantiert aber nicht zwingend mehr Effizienz bei der Aufgabenerfüllung. Das haben die Erfahrungen der Vergangenheit, auch in der Privatwirtschaft, gezeigt. Im Einzelfall müssen darum sowohl die monetären als auch die nicht-monetären Vorteile eines Outsourcings den dafür anfallenden Kosten und den dafür einzugehenden Risiken gegenüber gestellt werden.

Die angestrebten Vorteile können folgende sein:

- wirtschaftliche (Einsparungen von Personal- und Raumkosten),
- organisatorische (Lösen von Kompetenzproblemen),
- personelle (zu kleine Verwaltungseinheiten, fehlende Ressourcen- oder fehlendes Know-how),
- strategische Aspekte

Diesen Vorteilen können folgende Nachteile gegenüberstehen:

- Informationsaufwand
- Ausschreibungskosten
- Anspruchsvolle Vertragsgestaltung
- Kosten der Überwachung der Vertragseinhaltung/Vertragsdurchsetzung
- Qualitätskontrolle
- Koordinationskosten

Bei einer Auslagerung von Aufgabenerfüllungen an Dritte sind folgende Punkte zu beachten:

- Der Personalaufwand wird zum Sachaufwand verlagert.
- Die externen Dienstleistungen unterliegen der Mehrwertsteuer.
- Externe Dritte werden auf den ausgelagerten Dienstleistungen kalkulatorische Kosten (Abschreibungen, Zinsen) sowie einen Gewinnzuschlag berücksichtigen.
- Das outsourcende Gemeinwesen begibt sich in eine Abhängigkeit gegenüber den externen Leistungserbringern.
- Bei einer Auslagerung kann es zu einer Monopolsituation mit einem einzigen externen Leistungsanbieter kommen, was während der Vertragsdauer eine Konkurrenz ausschliesst.
- Je nachdem braucht es intern trotzdem noch Fachwissen (zum Beispiel Informatik).
- Das Submissionsrecht ist zu berücksichtigen.

3. Auswahl des Partners:

Outsourcing ist eine strategische Entscheidung und begründet eine längerfristige Partnerschaft. Als Outsourcing-Anbieter kommen daher nur Unternehmen und Einrichtungen in Frage, die eine langjährige zufriedenstellende Zusammenarbeit garantieren können. Im Rahmen der Wahl eines geeigneten Partners stellen sich für die öffentliche Verwaltung Fragen, wie zum Beispiel:

1. Verfügt der Auftragnehmer bezüglich der auszulagernden Leistung über hinreichendes Know-how und Erfahrungen, so dass er die gewünschte Qualität garantieren kann?
2. Sind die personellen und technischen Ressourcen auch auf längere Sicht aus-

reichend?

3. Kann der Auftragnehmer auf zukünftige Schwankungen des Leistungsumfanges angemessen reagieren?
4. Ist der Auftragnehmer in der Lage, mittelfristig sinkende Kosten zu garantieren?
5. Passen die Strategien grundsätzlich zu jenen des Nachfragers?

Auf jeden Fall müssen beim Outsourcing von Leistungen zugunsten der Allgemeinheit die Spezifika der öffentlichen Hand berücksichtigt werden. Hierbei spielt die Möglichkeit der Einflussnahme, das heisst die demokratische Kontrolle eine wesentliche Rolle.

4. Rechtliche Grundlagen in Kanton und Stadt Schaffhausen

Für den Beizug Privater ist auf Kantonebene Art. 51 der Kantonsverfassung (KV) rechtlich massgebend. Im Gemeindegesetz und der gegenwärtigen Stadtverfassung finden sich hingegen keine spezifischen Regelungen zum Thema Outsourcing. Allerdings existiert in Art. 21 des Entwurfs zur neuen Stadtverfassung eine Bestimmung, welche auf die Thematik der Aufgabenübertragung an Dritte eingeht:

Art. 21

¹ Die Stadt kann die Erfüllung öffentlicher Aufgaben dauernd oder befristet auf Dritte übertragen.

² Die Stadt kann sich zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben an Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts beteiligen und solche gründen.

³ Bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch Private gelten die Vorschriften über Aufsicht und Rechtsschutz sinngemäss. Für Schäden haftet die beauftragte Körperschaft oder Anstalt subsidiär.

5. Ist-Situation und Haltung des Stadtrats:

Die Stadt ist seit jeher für die Erbringung des Service Public zu Gunsten der Bevölkerung auch auf externe Dienstleistungen angewiesen. Die dafür benötigten Ausgaben finden sich in der Sachgruppe 318, „Dienstleistungen und Honorare“, zu welcher der Postulant am 12. April 2010 eine Kleine Anfrage eingereicht hat. Dabei hat er moniert, diese Aufwendungen seien zu hoch.

Mit dem Vorstoss „Outsourcing von Dienstleistungen“ verlangt er nun, dass die Stadt die Erbringung von Dienstleistungen vermehrt an Dritte auslagert, um damit Personalkosten einzusparen. Solche Auslagerungen - und das hat nichts mit einer Abwehr zu tun, sondern nur mit dem Aufzeigen der Konsequenzen bezüglich des Finanzhaushalts der Stadt - würden aber zwangsläufig zu einer Kostensteigerung in der Sachgruppe 318 führen. Das ist nur ein Hinweis. Der Stadtrat stellt sich nicht grundsätzlich gegen das Outsourcing von öffentlichen Aufgaben und Dienstleistungen. Ein Beleg dafür sind diverse Leistungen, die bereits heute von externen, teilweise auch privaten Dienstleistern für die Stadt und deren Bevölkerung erbracht werden. Häufig handelt es sich dabei um Auftragsvergaben und nicht um Outsourcing im engeren Sinn.

Dazu einige ausgewählte Beispiele:

- Hoch- und Tiefbau: Beizug von Architektur- und Ingenieurbüros bei Planung und Beratung
- Beizug Dritter beim Winterdienst
- Private Mandatsträger für vormundschaftliche Massnahmen
- Ärztliche Versorgung in den Altersheimen

- VBSH-Fahrleitungsunterhalt durch die EKS AG
- Lehrerberatung
- Finanzrevision in den städt. Werken
- Abfall- und Abwasserentsorgung durch den KVA
- Massnahmen gegen Wildplakatierung oder „Schöneres Schaffhausen“ durch Stiftung Impuls
- Pilzkontrolle durch Private

Auf der anderen Seite gibt es aber auch ein Insourcing, das heisst eine Integration von Leistungen zugunsten der Allgemeinheit, welche Private nicht mehr übernehmen wollen oder können, weil deren Erbringung zu aufwändig ist, das nötige Know how, respektive die nötigen Ressourcen fehlen oder die Aufgabenerfüllung für sie zu wenig lukrativ erscheint. Ein Beispiel für dieses Insourcing ist die Übernahme der Jugendarbeit vom tjs ab 2006 oder aktuell die Integration der Spitex in die Stadtverwaltung. Es gilt zu bedenken, dass zahlreiche Leistungen der Stadt aus rechtlichen Gründen nicht an Private ausgelagert werden dürfen. Dazu zählen speziell hoheitliche Aufgaben. So wären Auslagerungen von Abteilungen wie dem Erbschaftsamt, der Einwohnerkontrolle, der Steuerverwaltung oder der Verwaltungspolizei rechtlich problematisch oder gar unmöglich.

Bei weiteren Dienstleistungen wäre ein Outsourcing zwar grundsätzlich möglich, aber es würde keinen Sinn machen, weil beispielsweise ein Verlust der operativen oder politischen Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten damit verbunden wären oder es zu einem Verlust an wichtigem verwaltungsinternem Know how käme. Dazu zählt zum Beispiel die Informatik, das Personalwesen (HR) oder das Rechnungswesen, respektive der Zahlungsverkehr.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Auslagerungen öffentlicher Aufgaben auch politisch heikel sein können, insbesondere, wenn es um Monopolbereiche oder die Grundversorgung geht. Ich erinnere an die vor einigen Jahren sehr emotional geführten Diskussionen zur Frage der Privatisierung des Bestattungswesens der Stadt oder die überaus deutliche Ablehnung der Vorlage zur Verselbständigung der Energie- und Wasserversorgung im Jahr 2002.

Viele Bereiche sind also zum Vornherein nicht für eine Auslagerung an Dritte geeignet. Dort, wo Outsourcing beziehungsweise eine Auftragsvergabe ein sinnvolles und probates Instrument darstellt, wurde und wird es auch eingesetzt. Einen politischen Auftrag für eine umfassende und aufwändige Analyse über Auslagerungspotenziale braucht es aber nicht. Warum?

Vorab gilt festzuhalten, dass es für eine mittelgrosse Stadt wie Schaffhausen durchaus Sinn macht, einen grossen Teil der öffentlichen Dienstleistungen selber anzubieten. Es besteht aber auch eine Pflicht diese Leistungen so bürgerfreundlich und effizient wie möglich zu erbringen. Dabei handelt es sich um eine Daueraufgabe. Der Stadtrat hat sich in seinen Legislatorschwerpunkten (LSP) explizit zur Leistungsoptimierung durch Verbesserungen von Prozessen und Strukturen bekannt. Dazu gehören auch die unter den beiden Leitgedanken „Mehr Kooperation“, „Mehr Lernen von Anderen“ formulierten Zielsetzungen von Ziff. 7.4 LSP: *„Die Stadt Schaffhausen hat eine moderne, bürgerfreundliche Verwaltung mit zeitgemässen Kompetenzen, Strukturen und Prozessen“* sowie das Bekenntnis zur Förderung und Erweiterung der Zusammenarbeit mit dem Kanton, den Nachbargemeinden sowie privaten Partnern in Ziff. 7.1. LSP und auch das Bestreben für ein vermehrtes Benchmarking mit anderen

Gemeinden (Ziff. 7.3 LSP).

Effizienzsteigerungen sind aber nicht nur durch Auslagerungen zu erreichen. Für den Stadtrat stehen vor allem Kooperationen und das Nutzen von Synergien bei der Leistungserbringung im Vordergrund. Die Stadt pflegt solche Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Gemeinden, dem Kanton oder Privaten, wie zum Beispiel beim RSE-Projekt Stahlgießerei. Ich erinnere Sie an die Zusammenlegung der Denkmalpflege mit derjenigen des Kantons und an die KSD, die seit dem Vertrag von 1972 eine gemeinsame Abteilung von Stadt und Kanton zur Erbringung der Informatikdienstleistungen ist. Ähnliches gilt für die Finanzkontrolle.

Weitere Kooperationen mit dem Kanton finden sich beim Langsamverkehr und beim Lärmschutz. Zudem erbringen verschiedene städtische Abteilungen heute für andere Gemeinden oder öffentliche Organisationen wertvolle Dienstleistungen. Die Zentralverwaltung zeichnet verantwortlich für die Buchführung und den Zahlungsverkehr des Kläranlageverbandes, das städtische Vormundschaftsamt erbringt im Rahmen einer Leistungsvereinbarung aus dem Jahre 2009 Leistungen im Vormundschaftswesen für die Gemeinde Löhningen, die VBSH bewältigt den öffentlichen Verkehr für Neuhausen und die Geschäftsführung für die RVSH AG.

Der Stadtrat hat aber auch bei der SLA wesentliche Teile der Anliegen der Postulanten aufgenommen. So wurde und wird der Leistungskatalog hinsichtlich Optimierungspotenzials unter die Lupe genommen und zum Beispiel mit der geplanten Zusammenlegung der Werkhöfe von Stadt, Kanton und Neuhausen oder der Abgabe der Grundstückgewinnsteuer an den Kanton Weichen für die Nutzung von Synergien oder für Auslagerungen gestellt.

6. Fazit:

Der Stadtrat wendet sich nicht grundsätzlich gegen Outsourcing von öffentlichen Leistungen. Das wird dadurch ersichtlich, dass bereits heute zahlreiche städtische Aufgaben im Rahmen von Auftragsvergaben oder Auslagerungen durch Dritte erledigt werden. Mit der Auslagerung können aber auch erhebliche Nachteile und rechtliche Probleme verbunden sein, weshalb im Einzelfall immer eine sorgfältige Würdigung aller relevanten Aspekte nötig ist. Effizienzsteigerung bei der Leistungserbringung stellt eine Daueraufgabe dar. Der Stadtrat nimmt diese ernst und hat sie deshalb explizit in die Legislaturziele aufgenommen. Zudem ist dieses Thema auch Gegenstand der SLA. Die Anliegen der Postulanten werden also bereits ernst genommen. Einen zusätzlichen politischen Auftrag braucht es nicht. Aus all diesen Gründen beantragen wir Ihnen, das Postulat nicht zu überweisen. “

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Ich darf Ihnen die Meinung der SVP/JSVP/EDU-Fraktion zum Postulat „Outsourcing“ von Dienstleistungen, eingereicht von Walter Hotz, vortragen.

In der Privatwirtschaft hat man längst erkannt, dass ein Unternehmen nicht mehr auf allen Hochzeiten tanzen kann, sondern man bietet das an, wozu man die Kompetenz und das Know-how hat. Auslöser für die Überlegung, in einem Unternehmen Outsourcing-Massnahmen durchzuführen, sind überwiegend Kostengründe. Häufig führt der enorme Fixkostendruck zum sich Besinnen auf die eigentliche Kernkompetenz und damit zu einem Outsourcing-Entscheid. Damit sollen bisher entstandene eigene Fixkosten in variable, aufwands- und auftragsbezogene und somit auch flexibler steuerbare Fremdkosten umgewandelt werden. Es ist logisch und uns ist klar, dass

sich durch Auslagerungen ein anderes Bild bei den Kostenarten ergibt. Die Personalkosten und der Sachaufwand - mehrheitlich handelt es sich dabei um Fixkosten - nehmen ab, die Summe der Sachgruppe „Dienstleistungen und Honorare“ - wohl eher variable Kosten - nimmt zu, so wie dies der Stadtrat in seiner Beantwortung der kleinen Anfrage von Walter Hotz zum Thema „Aufwendungen der Stadtverwaltung für Dienstleistungen und Honorare im Jahre 2009“ geschrieben hat. Wesentlich dabei ist aber, dass wir durch das Outsourcen eine Verlagerung von Fixkosten zu variablen Kosten erreichen, und dadurch die Gesamtkosten abnehmen oder besser kalkulierbar werden: Das muss das oberste Ziel solcher Massnahmen sein.

Während eine Firma bei Missmanagement Pleite geht, kann sich der Staat mit Steuergeldern finanzieren. Auch ich konnte mich mit der Volksinitiative „Steuerbelastung senken jetzt“ nicht anfreunden, weil sie mir zu weit ging. Trotzdem erwarte ich aber vom Stadtrat, und dies zusammen mit der beachtlichen Anzahl von Bürgern, die dieser Initiative zugestimmt haben - es waren immerhin knapp 45% - dass in der Stadt gespart werden muss. Und mit Zusammenarbeitsformen oder Outsourcing-Massnahmen kann gespart werden, das hat die Privatwirtschaft vorgemacht.

Leider spürt man beim Staat, und insbesondere bei der Stadt, von Outsourcing-Massnahmen noch nicht sehr viel. Zwar stellt man fest, dass das Wort „Outsourcing“ oder „Zusammenarbeit mit anderen“ auch in den Exekutiven unserer Kommunen kein Fremdwort mehr ist, doch grosse und wirtschaftlich wirkungsvoll einschenkende Auslagerungen- oder Zusammenarbeitsformen wurden von unserer Stadt hingegen noch nicht eingegangen. Ausser dort, wo es sich wohl um die dreckigste Arbeit handelt, das Reinigen der öffentlichen Toiletten. Bleibt zu hoffen, dass das, was man die letzte Woche aus dem Stadthaus und dem Gemeindehaus Neuhausen verkündet bekam, nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern dahinter wirklich die Absicht besteht, ernsthafte Zusammenarbeitsformen einzugeben, was unsere Fraktion sehr begrüsst. Es freut uns zu wissen, dass in den Köpfen der Exekutive ein Wandlungsprozess einzieht. Wünschenswert wäre aber auch, wenn die Stadt namhafte Aufgaben im Zentrum, zusammen mit dem Kanton löst. Neuhausen ist da der Stadt bei einer der wichtigsten Aufgabe einen Schritt voraus.

Aufgaben zum Outsourcen oder zur Zusammenarbeit gibt es deren viele, ich denke da zum Beispiel an das Entsorgungswesen. Warum müssen beide Kommunen, Neuhausen am Rheinfall und Schaffhausen, einen eigenen Entsorgungsdienst mit Ersatzfahrzeugen, die wohl mehrere hunderttausend Franken kosten, anbieten? Warum kann diese Aufgabe nicht der Kehrverband, in welchem beide Gemeinden Mitglied sind, für die ganze Region übernehmen? Das würde bestimmt zu einer optimaleren Auslastung von Arbeitskräften und Fahrzeugen und damit zu Kosteneinsparungen führen.

Warum lässt man Strassen-Grabenflicke in der Stadt nicht von dafür spezialisierten Tiefbaufirmen ausführen, so wie dies im Kanton gemacht wird? Hier leistet man sich eine Tiefbauequipe, während der Kanton die Leistung einkauft, wenn er sie benötigt. Damit spart der Kanton massgeblich an Fixkosten. Ich kenne die Argumente der Stadt, warum es nicht gehen soll, man benötige diese Leute für den Winterdienst. Dem halte ich entgegen, dass auch der Kanton ein grosses Strassennetz hat, das im Winter geräumt werden muss.

Ein weiteres Beispiel wäre das Spülen der städtischen Strassensammler. Die Stadt verfügt über ein eigenes Kanalspülfahrzeug, das wohl kaum während des ganzen Jahres ausgelastet ist, während sich der Kanton für diese Aufgabe für eineinhalb

Monate ein Fahrzeug von einer dafür spezialisierten Firma einmietet.

Selbstverständlich gibt es auch in anderen Referaten zahlreiche Themen, die untersucht werden könnten. So haben im Kanton Zürich zahlreiche Gemeinden und auch Städte die Asylbetreuungsaufgabe der privaten Organisation „ORS Service AG“ übertragen, welche auch für den Bund die fünf Empfangs- und Verfahrenszentren und die beiden Transitzentren an den Airports betreut und führt.

Der Kanton hat das Reinigen der Büros ausgelagert und ist jetzt offenbar am Outsourcen der Hausverwaltungen. Das Kantonsspital und das Pflegezentrum haben die Reinigung der Wäsche ausgelagert, während in unseren Heimen immer noch selbst gewaschen wird. Es gäbe wohl noch zahlreiche weitere Aufgaben, die aufgezählt werden könnten. Ich möchte es damit bewenden lassen.

Einer der Leitgedanken des Stadtrates zu den Legislaturzielen ist: „Lernen von Andern“. Von der Stadt Frauenfeld wissen wir, dass sie zahlreiche Aufgaben, insbesondere im Tiefbauwesen, wie Naturschutzmassnahmen an Ufern und Bächen, Schneeräumen, Gärtnerarbeiten an Bäumen entlang von Strassen und Hecken, Grabenflicke und so weiter an die Privatwirtschaft ausgelagert hat. Allenfalls wäre es für unsere Verantwortlichen lohnenswert sich umzuhören, welche Erfahrungen Frauenfeld mit dem Outsourcing gemacht hat.

Die vom Postulanten gestellte Forderung, dass der Controllerdienst federführend bei den Vorschlägen zum Outsourcing sein soll, finden wir von unserer Fraktion sinnvoll, denn oftmals sehen die Betroffenen zu viel „wenn und aber“ oder sind bis zu einem gewissen Grad betriebsblind, wie eben das Beispiel „Grabenflicke“ zeigt. Der Controllerdienst ist eine neutrale Stelle innerhalb der Stadtverwaltung, zählt zur Führungsunterstützung und wäre bestimmt für wirkungsvolle Outsourcing-Vorschläge, selbstverständlich unter Beizug der Fachabteilungen, prädestiniert.

Dass der Stadtrat mit der Systematisierten Leistungsanalyse SLA Massnahmen teilweise schon beschlossen hat oder dem Rat noch beantragen wird, begrüssen wir, nur ist unsere Fraktion der Meinung, dass diese eben zu wenig ans Eingemachte gehen, respektive dass dem Outsourcen in der Vorlage zu wenig Beachtung geschenkt wird.

Erlauben Sie mir noch folgende Gedanken, respektive Bemerkungen zum Referat des Finanzreferenten:

Was die Mehrwertsteuer anbelangt, vertrete ich die Auffassung, dass der Sachaufwand heute schon der Mehrwertsteuer untersteht; es wären nur die Personalkosten, die dieser nicht unterstehen. Alle Strassenbaufirmen auf dem Platz Schaffhausen, die schon heute grosse Strassenzüge für die Stadt Schaffhausen neu asphaltieren, sind zuverlässige Partner. Ich verstehe nicht, warum sie die kleine „Grabenflicke“ nicht machen können, aber für die grossen sollen sie dann prädestiniert sein. Wir verstehen das Auslagern im Sinne einer Auslagerung von ganzen Aufgaben. Ich frage mich, ob die Pilzkontrolle, die vom Finanzreferenten erwähnt wurde, tatsächlich in diesem Sinne ausgelagert wurde und glaube mich zu erinnern, dass innerhalb des Bereiches Finanzen verschiedene Positionen im Budget vorgesehen sind. Damit ist die Aufgabe nicht mit einem Leistungsauftrag ausgelagert, wie wir uns dies vorstellen. Bei den hoheitsrechtlichen Aufgaben stimme ich dem Stadtrat zu, hier wird es schwieriger werden. Aber ich habe genügend andere Aufgabengebiete aufgezählt. Andere Gemeinden haben gewisse hoheitsrechtliche Aufgaben ausgelagert, bei-

spielsweise hat die Gemeinde Bagen, da sie mindestens fünf Jahren keinen Steuerkatasterführer mehr stellen konnte, die Aufgabe während dieser Zeit einer privaten Treuhandfirma übergeben, bevor der Kanton die Aufgabe übernahm. Es hat bestens funktioniert.

Aus vorgenannten Gründen und als Partei, auch dem Gewerbe verpflichtet, wird die SVP/JSVP/EDU Fraktion das Postulat einstimmig unterstützen. Damit bieten wir dem Stadtrat Rückendeckung, auch unpopuläre, aber wirkungsvolle Vorschläge vorzubringen. “

Martin Egger (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

”Outsourcing von Dienstleistungen ist gerade bei uns in der IT-Branche ein weit verbreitetes Instrument, um die Wertschöpfungsaktivitäten eines Unternehmens auf die Zulieferer zu verlagern. Der Vorteil dabei ist, dass die Produktions-, Entwicklungs- und auch Dienstleistungskomponenten des Unternehmens durch die Inanspruchnahme spezialisierter Vorlieferanten für Komponenten und Dienstleistungen reduziert werden können.

Als strategische Komponente gilt es jedoch bei einer Outsourcing-Entscheidung zu berücksichtigen, dass im Rahmen des Outsourcings Schlüsseltechnologien und Schlüsselkompetenzen nicht aufgegeben werden, um damit eine unerwünschte Abhängigkeit vom Lieferanten zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion den Vorstoss “Outsourcing von Dienstleistungen” an ihrer Fraktionssitzung intensiv diskutiert. Insbesondere stellten wir uns die Frage, welche städtischen Dienstleistungen die Postulanten outsourcen wollen und ob sie auch tatsächlich bereit wären, die finanziellen und politischen Konsequenzen eines Outsourcings zu tragen. Denn bei der Rückblende auf vergangene Geschäfte, die im weitesten Sinn im Zusammenhang mit dem Auslagern von Dienstleistungen stehen, sind uns einige Unsicherheiten bezüglich des Willens aufgetaucht, wie folgende zwei Beispiele zeigen:

1. Im Jahr 2007 stimmten die Schaffhauserinnen und Schaffhauser über die “Neuorganisation des Steuerwesens” ab. Bei einer Annahme wäre das städtische Steueramt beim Kanton zentralisiert worden und die Stadt hätte damit jährlich wiederkehrende Kosten von rund einer Million Franken eingespart. Im weitesten Sinne wäre die Abgabe des Steuerwesens ein Outsourcing gewesen, und wir erinnern uns sicher noch gut daran, dass der Erstunterzeichnende des heute zu behandelnden Postulats vehement gegen die Abgabe der städtischen Steuerverwaltung an den Kanton angetreten ist.
2. Im Abstimmungskampf um die Steuersenkungs-Initiative wurden von den Unterzeichnenden des Vorstosses immer wieder die hohen Kosten im Konto 318 “Dienstleistungen und Honorare” ins Feld geführt. Bei einem Outsourcing von städtischen Dienstleistungen würden die Kosten in diesem Konto weiter ansteigen. Sofern sich dabei die Gesamtkosten der Organisation, welche Aufgaben auslagert, reduziert, ist dagegen nichts einzuwenden. Es müssten aber auch konsequenterweise die höheren Kosten im Konto 318 akzeptiert und vertreten werden.

Somit komme ich zum Fazit:

Nachdem in der mündlichen Begründung keine neuen Erkenntnisse bezüglich der Art der Dienstleistungen, die bei einem allfälligen Outsourcing von den Postulanten eine politische Unterstützung erhalten und finanziell getragen werden, uns der SR glaubhaft aufzeigen konnte, dass bereits heute Leistungen, welche sinnvollerweise eingekauft werden, weil sie zu wirtschaftlicheren Bedingungen von externen Leistungserbringern erbracht werden können und das Thema Outsourcing auch in der SPK "Systematische Leistungsanalyse (SLA), Massnahmenpaket 1" behandelt wird, ist die FDP-Fraktion einstimmig zum Schluss gekommen, dass es dieses Postulat nicht braucht und empfiehlt, das Postulat nicht zu überweisen. "

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Ich darf Ihnen die Stellungnahme der ÖBS-CVP-EVP-Fraktion mitteilen. Um es kurz zu machen: Unsere Fraktion wird dieses überflüssige Postulat nicht unterstützen.

Seit etlichen Jahren hat die GPK immer wieder ein spezielles Augenmerk auf die Ausgaben unter der Rubrik "Dienstleistungen Dritter" gelegt und verschiedentlich festgehalten, dass möglichst viel von der eigenen Verwaltung erledigt werden soll und möglichst wenig Aufträge an Dritte vergeben werden sollten.

In der Systematisierten Leistungsanalyse SLA versucht der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung, die Leistungen der Stadt systematisch zu erfassen und das mögliche Einsparungspotential zu konkretisieren. Bevor diese umfangreiche und wichtige Arbeit nicht abgeschlossen ist, sollte die Verwaltung nicht mit weiteren, in die gleiche Richtung gehenden zeitraubenden Aufträgen belastet werden.

Aus diesen Gründen gibt es nur eine vernünftige Antwort auf dieses Postulat: Ablehnung. "

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Rainer Schmidig hat bereits alles gesagt, was ich auch erwähnen wollte. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass mit der systematisierten Leistungsanalyse der Auftrag des Postulats bereits erfüllt oder im Zuge der Erfüllung ist. Es kann nicht sein, dass wir dem Stadtrat dauernd flächendeckende Aufgaben zuspielen, damit unnötig Ressourcen binden und Leistungen produzieren, die schlussendlich zu nichts führen. Wir haben vom Stadtrat gehört, dass effiziente Leistungserbringung ein Dauerauftrag ist, dazu gehört selbstverständlich auch die Prüfung, ob Leistungen durch Dritte besser, günstiger oder sinnvoller erbracht werden können. Hier nochmals einen Schritt weiter zu gehen und eine gesamtheitliche Analyse durchzuführen, erachten wir als nicht sinnvoll. Wir lehnen das Postulat einstimmig ab. "

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

"Ich bin mir bewusst, dass der Vorstoss sicher aus der falschen Küche kommt. Trotzdem kann ich über die Stimmen aus dem freisinnigen Lager nur noch den Kopf schütteln. Ich begreife nicht, wie eine Wirtschaftspartei diesen Vorstoss ablehnen kann und frage mich, wie die FDP ihren Wählern diesen Entscheid nahe legen möchte. "

SR Peter Neukomm**Stellungnahme**

„Ich danke Ihnen für die sachliche Diskussion. Es scheint unterschiedliche Wahrnehmungen zu geben, die wohl aus politischen Gründen vorhanden sein müssen, weil man ja nicht attestieren kann, zu sehen, was passiert, wenn man es nicht sehen will. Darauf komme ich noch zurück.

Die heute Abend angeführten Hauptgründe sind immer die Kosten, die Verschiebung der Fixkosten zu den variablen Kosten. Ich habe Ihnen aus der Sicht des Stadtrats und aus den in der öffentlichen Hand sowohl als auch in der Privatwirtschaft gemachten Erfahrungen versucht darzulegen, dass Outsourcing nicht zwingend zu weniger Kosten führt, auch wenn sich die Fixkosten zu den variablen Kosten verschieben. Es gibt eben nicht nur monetäre Aspekte, gerade bei der öffentlichen Hand, wo die demokratische Kontrolle sehr hoch hängt, dies vor allem auch bei der Partei von Hermann Schlatter. Es ist sehr erstaunlich, dass die Probleme, die mit einem Outsourcing zusammenhängen können, nicht erkannt werden.

Walter Hotz hat zu Recht gesagt, es sei nicht einfach und brauche Fingerspitzengefühl, und das wissen wir auch. Ich kann Ihnen versichern, dass der Stadtrat schon lange willens ist, die Kosten zu reduzieren und dass wir auf dem besten Weg dazu sind. Sie haben sich selbst in den Legislatorschwerpunkten davon überzeugen können. Sie richten den Vorwurf an uns, wir müssten überlegen, was wirklich nötig ist. Aber genau dort liegt ja das Problem - nicht einmal Sie in diesem Saal sind sich darüber einig, was wirklich nötig ist und was nicht. Das wird jeden zweiten Dienstag am Verlauf der gemeinsamen Diskussionen im Rat ersichtlich. Es ist oftmals eine Ansichtssache, welche Leistungen wir im Standortwettbewerb mit anderen Gemeinden als wichtig beurteilen und welche nicht. Aber diese Diskussionen führen wir an einem anderen Ort.

Wir benötigen keine flächendeckende Untersuchung, sie findet im Rahmen der SLA statt. In einer Sache gebe ich Walter Hotz sehr Recht, weise aber seine Kritik am Stadtrat zurück. Es geht um die Frage der Diskussion von Vorstössen im Vorfeld von Ratsdebatten. Da müssten Sie mit den Personen sprechen, die Vorstösse einreichen oder mit denjenigen, die auf der hintersten Bank in diesem Saal sitzen. Es gibt unterschiedliche Interessen, zum einen von denjenigen, die Vorstösse einreichen und zum anderen von den Medien, die schon im Vorfeld der Ratsdebatten breitestens darüber berichten. Der Stadtrat findet diese Tendenz sehr schlecht. Wir versuchen, uns an die Gepflogenheiten zu halten und mischen uns nur ein, wenn sachlich falsche Angaben im Raum stehen, die korrigiert werden müssen und nicht über Monate unbenutzt stehen gelassen werden können. In Ausnahmefällen gibt es eine Stellungnahme des Stadtrats. Das Anliegen ist allerdings sehr berechtigt und sollte an einem der nächsten Parteiengespräche aufgenommen werden.

Zu den Aussagen von Hermann Schlatter, der verschiedene Beispiele und Ideen aufgeführt hat: Ich kann Ihnen versichern, dass dies alles keine neuen Ideen sind, sie sind auch von uns mehrfach intern geprüft worden.

Zur Entsorgung durch den Kläranlageverband: Da haben Sie unsere Medienmitteilung über unser Treffen mit der Gemeinde Neuhausen sehr genau gelesen, wenn zwischen den Zeilen herauszulesen war, dass dies ein Thema ist. Ich versichere Ihnen aber, dass Gespräche auch mit dem Kanton und den Gemeinden genau in diese Richtung gehen. Es ist nichts Neues gekommen, viele der erwähnten Ideen und Möglichkeiten können nach sorgfältiger Überprüfung gar nicht umgesetzt werden. Sie haben die Asylbetreuung aufgeführt: Dieser Posten war in unserem Haushalt noch

nie negativ, das können Sie in der Rechnung nachschlagen. Die Asylbetreuung findet auf sehr niederschwelligem und pragmatischem Niveau mit einer tiefen personellen Besetzung statt. Das kann keinesfalls mit Zürich verglichen werden, wir haben auch nicht die gleichen Ansprüche und Anforderungen in diesem Bereich. Betreffend Tiefbau: Auch hier hat man sämtliche Möglichkeiten überprüft. Zur Wäsche in den Altersheimen: Hier strebt der Stadtrat schon lange eine Zentralisierung an, die Anstrengungen sind im Gang. Das Problem in einem Altersheim ist die persönliche Feinwäsche und nicht die Flachwäsche, die problemlos ausgelagert werden kann, wie das beispielsweise im Spital bereits gemacht wird. Die persönlichen Kleider der Betagten können aber nicht auswärts gegeben werden.

Ich bestreite den scheinbar aufgekommenen Eindruck, dass der Stadtrat nichts unternehme, es entspricht nicht der Realität. Zur Pilzkontrolle: Ich garantiere Ihnen an dieser Stelle, dass eine Leistungsvereinbarung wesentlich teurer käme als die aktuelle pragmatische und niederschwellige Lösung. Es besteht keine leistungsaufwändige Vereinbarung mit irgendeinem Partner, sondern wir haben eine informelle Abmachung mit dem ALU, Hans Jürg Ruf, Lebensmittelkontrolleur, der während seiner Arbeitszeit die Pilzkontrolle organisieren kann. Sein einziger Lohn dafür ist einmal pro Jahr ein Mittagessen mit mir auf Kosten der Stadt. Eine billigere Lösung ist wohl kaum möglich. Man kann das Kind auch mit dem Bade ausschütten. Es zeigt sich einmal mehr, dass diese Outsourcing-Geschichten überschätzt werden, im Gegenteil, outsourcen kann auch teurer werden, beispielweise wenn die Asylbetreuung an ein professionelles Privatunternehmen ausgelagert würde, das mit seiner Dienstleistung natürlich auch Geld verdienen will.

Was ich zur Steuerverwaltung anzufügen hätte, sage ich nicht, weil der Sprecher der SVP-Fraktion in diesem Thema befangen ist und sich meine Kommentare dazu erübrigen.

Ich bitte Sie, dem Vorstoss nicht zuzustimmen und dem Stadtrat zu glauben, dass er auf dem richtigen Weg ist. Wir haben dies auch bereits bewiesen, und zwar schon seit längerem. “

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

”Ich glaube, Finanzreferent Neukomm und ich verstehen uns wirklich nicht. Eine Leistungsvereinbarung ist klar formuliert, der Stadtrat kann gemeinsam mit einem Partner den Leistungsumfang festlegen und im Rahmen seiner Kompetenz beschliessen. Da braucht es keine demokratische Kontrolle. Erlauben Sie mir ein Beispiel: Als ich noch Gemeindepräsident in Hemmental war, suchten wir für den Landwirt, der den Kehrrechteinzug in der Gemeinde erledigte, einen Nachfolger. Wir gelangten mit unserem Anliegen an die Stadt Schaffhausen, einigten uns über den Leistungsumfang und schlossen eine entsprechende Leistungsvereinbarung ab. Trotz des sehr tiefen Stundenansatzes des Landwirtes mit CHF 26.-- brutto pro Stunde wurde die Kehrrechteinsorge mit der Leistungsvereinbarung billiger. Die Möglichkeiten müssen einfach zuerst genau überprüft werden, bevor man sagen kann, es bringe nichts. Im Gegensatz zu Walter Hotz habe ich einige Beispiele aufgeführt. Wenn die Leistung eines Spülfahrzeuges für die Kanalisation, das vermutlich CHF 500'000.-- bis 600'000.-- kostet und rund 100 Stunden ausgelastet ist, bei einem Privaten eingekauft wird, käme das vermutlich um einiges billiger als die Anschaffung eines eigenen Fahrzeugs. Wesentlich für den Bürger ist nicht, wer die Kanalisation entleert oder den Kehrrecht einzieht, sondern nur, dass die gleiche Leistung erbracht wird, sei es durch den Staat oder einen Privatunternehmer. Bei den nicht

hoheitsrechtlichen Aufgaben (wie zum Beispiel Strassenwischen, Kehrrichtentsorgung, Kanalisationsspülen) bin ich überzeugt, dass Leistungsaufträge unbedingt geprüft werden können. Eine Zusammenarbeit mit dem Verband oder mit Neuhausen kann ohne Weiteres zu günstigeren Lösungen führen. Übrigens, ich habe nur die Überschrift des Artikels über das Treffen mit Neuhausen in der Lokalpresse gelesen und nicht etwas zwischen den Zeilen herausgelesen; aber ich habe dies schon vielfach gehört. Ich bin der Meinung, in der Stadt wird viel angestaut und wenig umgesetzt.“

Walter Hotz (FDP)**Schlusswort**

„Ich bin schon lange genug im Grossen Stadtrat, um zu wissen, wie es politisch läuft. Zu SR Peter Neukomm: Sie haben ja in einem gewissen Sinn die Finanzkontrolle auch ausgelagert, und sie 1992/1993 zusammen mit dem Kanton extern vergeben. Die Kostenüberwachung wäre hier eine wichtige Aufgabe, denn gerade dort rennen Ihnen diese davon. Sie haben die Zusammenlegung der Werkhöfe erwähnt. Ich erinnere daran, dass Kanton und Stadt seit 1996 darüber verhandeln.“

Zum Votum von Martin Egger: Ich habe damals die Auslagerung der Steuerverwaltung vehement bekämpft. Heute müsste gerade die FDP - oder wenigstens Martin Egger - mein Postulat unterstützen, weil es ja in ihrem Sinne wäre, die Steuerverwaltung auszulagern. Es war ein widersinniges Votum.

Hermann Schlatter danke ich für sein Votum, er hat einige Beispiele aufgeführt. Das Postulat ist keineswegs ein Auftrag, ich habe es bereits in meinen Ausführungen gesagt. Es geht nur darum, zu überprüfen, ob in gewissen Bereichen ein Outsourcing möglich wäre. Ich habe in meinem Postulat bewusst keine Bereiche erwähnt, könnte Ihnen jedoch jederzeit einige Stellen für problemloses Outsourcing nennen. Aber der Stadtrat hat in dieser Legislatur jeden Vorstoss - sei es Steuersenkung oder Schuldenbremse - abgeblockt, er macht ja bereits alles - wir werden dann sehen, wie sich die Kosten entwickeln. Ich halte auf jeden Fall an meinem Postulat fest.“

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 24:10 Stimmen nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2**Postulat Christine Thommen: Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen****Christine Thommen (FDP)****Begründung**

„Schaffhausen ist eine Energiestadt der ersten Stunde: Als Gründungsmitglied von Energie Schweiz ist die Stadt seit 1997 Trägerin des Labels „Energiestadt“. Dank ihrer konsequenten Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik steht sie heute zusammen mit Lausanne und Zürich an der Spitze der Schweizer Energiestädte. 2005 erhielt sie die europäische Energieauszeichnung „European Energy Award Gold“ und im Jahr 2008 wurde das Gold-Label erneut vergeben. Darauf können wir zu Recht stolz sein.“

Aber die Stadt Schaffhausen muss nun noch einen Schritt weiter gehen. In Deutschland und in Österreich gibt es schon über hundert energieautarke Gemeinden und

Regionen. In der Schweiz gibt es im Toggenburg, im Diemtigtal und im Wallis interessierte Gemeinden. In der Nordostschweiz könnte nun die Stadt Schaffhausen eine Pionierrolle spielen, indem sie sich zum Ziel setzt, energieautark zu werden. Auch wenn der Begriff beim Einreichen meines Postulates nicht allen ein Begriff war: Energieautarkie ist "in". Im Kern geht es darum, den Energiebedarf durch regionale, erneuerbare Energieträger zu decken und Energie effizienter zu nutzen.

Der Idealzustand sieht wie folgt aus: Eine 100 %-erneuerbare-Energie-Idealregion deckt ihren Eigenbedarf vollständig aus erneuerbaren Energien, wirtschaftet energieeffizient und nutzt ihre regionalen Potenziale nachhaltig und akzeptiert. Somit ist die Energiebereitstellung umweltverträglich, nachhaltig und sicher und trägt zur regionalen Wertschöpfung bei. Die Einbindung regionaler Akteure ist realisiert, und es gibt eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung für diese Art der Energieerzeugung. Regionale Schlüsselakteure haben gemeinsam mit Endnutzern, Erzeugern und Umsetzern den Entwicklungsprozess gestaltet, der zu einer umfassenden Energieversorgung mit erneuerbaren Energien führt. Energieeffizienz, nachhaltige Energieproduktion und regionale Aktivitäten zum energiebewussten Verhalten sind für sie selbstverständlich. Was würde denn solch ein energieautarker Idealzustand der Stadt Schaffhausen und damit seinen Bürgerinnen und Bürgern bringen? Lassen Sie mich einige Punkte aufzählen:

Stabile Preise, gesicherte Versorgung und grössere Unabhängigkeit von konventionellen Energieversorgern und steigenden Preisen für Strom, Erdgas, Erdöl et cetera. Wie lange die fossilen Rohstoffe noch ausreichen, um die global stark wachsende Nachfrage zu decken, ist umstritten. Klar ist aber, dass die Preise weiter ansteigen werden. Die Erschliessung der letzten Reserven wird erhebliche Investitionen nach sich ziehen. Hinzu kommt, dass ein Grossteil dieser Reserven in politischen Krisenregionen liegt. Die bereits bestehenden Lieferunsicherheiten und die damit verbundenen politischen Abhängigkeiten dürften sich in Zukunft weiter verstärken. Eine Umstellung auf erneuerbare Quellen ist unumgänglich, um zukünftig Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu gewährleisten.

Lokale Beschäftigung und neue Arbeitsplätze: Bereits bestehende Unternehmen aus den Bereichen Energietechnik, Wärmedämmung und Hochbau finden neue Betätigungsfelder. In der eigentlichen Energieerzeugung werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die erneuerbaren Energien gelten als Zukunftstechnologien mit vielversprechenden Wachstumschancen. Damit besteht für die Stadt die Chance, dass sich innovative Unternehmen ansiedeln. Mehr noch: Durch das Angebot an langfristig preisgünstiger bzw. preisstabiler Energie aus erneuerbaren Quellen kann die Stadt an Standortattraktivität gewinnen und für Unternehmen aus den verschiedensten Bereichen interessant werden. Damit verbunden ist ein:

- Imagegewinn: Erneuerbare Energien stehen für eine moderne, fortschrittliche Energieversorgung. Im besten Fall kann somit eine so verfolgte Energiepolitik zum Kern der Wirtschaftsförderung und zum Motor wirtschaftlicher Entwicklung werden.
- Beitrag an Klima- und Umweltschutz: Die Produktion und der Verbrauch von fossilen Energieträgern sind mit grossen Umweltbelastungen verbunden. Das Verbrennen fossiler Energie ist für einen Grossteil der Treibhausgasemissionen und damit für den Klimawandel verantwortlich. Durch eine effizientere Energienutzung und eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger werden Umwelt und Klima geschützt.

- Weiter kann das Engagement im Bereich erneuerbare Energien als Tourismus-Magnet genutzt werden. Ökoenergetourismus könnte man das nennen. Ökoenergetourismus passt meines Erachtens auch besser zu einem kleinen Paradies als Tiefenlager-Tourismus, aber das nur am Rande. Zum Beispiel nach Güssing, der europaweiten energieautarken Modellregion im österreichischen Burgenland, kommen wöchentlich an die 400 Besucher, um die Vielzahl an Demonstrationsanlagen (Biomasse, Biogas, Solar- und Photovoltaikanlagen) zu besichtigen. Der Ökoenergetourismus wurde ein zusätzlicher, für die Region bedeutender Wirtschaftszweig. Netzwerke mit Kultur- und Sportorganisationen wurden aufgebaut und gemeinsame Aktivitäten entwickelt (Ökoenergiemarathon).

Fazit: Aufgrund der erwähnten Arbeitsplatz-, Einkommens-, Tourismus- und Klimaschutzeffekte ist das verfolgte Ziel der Energieautarkie also ein Glücksfall für die nachhaltige Regionalentwicklung.

Gegen all das kann ja niemand ernsthaft etwas haben. Doch es stellt sich nun natürlich die Frage, ob und wie das zu erreichen ist. Darum sollten wir uns im Vorfeld der Entscheidung, das Ziel der Energieautarkie konkret zu verfolgen und voranzutreiben, einen Überblick über die verschiedenen Techniken und ihre Eignung hier vor Ort verschaffen, sprich die Machbarkeit abklären. Dabei sind geografische, klimatische, landwirtschaftliche, rechtliche, wirtschaftliche, politische und soziale Aspekte zu klären.

Mit meinem Postulat möchte ich daher den Stadtrat bitten zu prüfen, ob und mit welchen Massnahmen das Ziel der energieautarken Stadt Schaffhausen unter Berücksichtigung der eben genannten Aspekte erreicht werden kann und wie der Zeithorizont hierfür aussieht (Ziff. 1 und 2 des Postulats).

Die Frage nach den Finanzierungsmöglichkeiten, und damit insbesondere auch nach der Kostenfolge für die Stadt, spielt bei diesem Vorhaben, wie bei jedem anderen natürlich auch, eine nicht ganz unbedeutende Rolle. Darum möchte ich auch dazu bereits ein paar Gedanken vorbringen. Es gibt, wie die bereits existierenden energieautarken Gemeinden zeigen, verschiedene Möglichkeiten, erneuerbare Energieprojekte umzusetzen:

- Die Stadt investiert und betreibt die Anlagen in eigener Verantwortung.
- Die Stadt lässt erneuerbare Energienanlagen von einem privaten Unternehmer errichten und betreiben. Das sogenannte Contracting-Unternehmen übernimmt die komplette Verantwortung für Planung, Aufbau, beziehungsweise Betrieb der erneuerbaren Energienanlagen zur Stromversorgung, Heizung oder Kühlung. Die Stadt bezahlt dann über einen festgelegten Zeitraum die Energie aus diesen Anlagen.
- Bürgerinnen und Bürger schliessen sich zusammen, gründen eine Betreibergesellschaft und finanzieren das Projekt über entsprechende Anteile.
- Planungs- und Betreiberunternehmen kümmern sich um Errichtung und Betrieb der Anlagen. Sie übernehmen die komplette Betreuung von der Planung über die Errichtung bis hin zur Finanzierung und Betriebsführung der Anlagen. Die Rolle der Stadt würde dann im Wesentlichen darin bestehen, die pla-

nungs- und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und gegebenenfalls kommunale Flächen zur Verfügung zu stellen.

Das waren nur einmal ein paar Ansätze ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Um diese nicht unwichtige Frage ebenfalls geklärt zu erhalten, bevor das Ziel der Energieautarkie konkret verfolgt und vorangetrieben wird, bitte ich den Stadtrat mit meinem Postulat auch zu prüfen, was die Umsetzung der Massnahmen, mit welchen die Energie-Autarkie erreicht werden kann, die Stadt kosten würde, beziehungsweise was für Finanzierungsmöglichkeiten denkbar sind (Ziff. 3 des Postulats).

Kommen wir nun noch zum letzten Auftrag in meinem Postulat:

Erneuerbare Energien sind für viele Menschen noch etwas Neues. Eine gewisse Skepsis, Vorbehalte und manches Vorurteil sind daher verständlich. Grundsätzlich gilt: Unwissenheit durch mangelnde Information erzeugt Widerstand. Der Aufbau einer energieautarken Region setzt einen breiten Konsens voraus. Neben der Stadt selber müssen sich auch alle weiteren beteiligten Akteure (Haushalte, Unternehmen etc.) auf eine gemeinsame Vision und Vorgehensweise einschwören. Die Bevölkerung muss im Zuge dessen dazu motiviert sein, selbst Akteur zu werden und einen eigenen Beitrag an die Energieautarkie zu leisten, sei das mittels Energiesparmassnahmen oder Investitionen in Anlagen für erneuerbare Energien.

Nebst den möglichen Massnahmen, um Energieautarkie zu erreichen, und der Klärung der Finanzierungsfrage, ist daher auch der Einbezug der weiteren Akteure, insbesondere der Bevölkerung, eine Bedingung für das Gelingen des Vorhabens. Ich bitte daher den Stadtrat schliesslich auch noch zu prüfen, wie die Bevölkerung dazu motiviert werden kann, selbst ein Player beim Vorhaben Energieautarkie zu werden.

Lassen Sie mich abschliessend noch Folgendes bemerken:

Das Faszinierende an der Vision einer energieautarken Stadt Schaffhausen ist, dass wir auf nichts mehr warten müssen, sondern sofort persönlich anfangen können, diesem Ziel näher zu kommen – zum Beispiel stromsparende Geräte kaufen, häufiger das Velo benutzen, als Hausbesitzer auf Wärmedämmung achten, die Einrichtung einer Solaranlage prüfen, energieautarke Häuser bauen und so weiter.

Trotzdem finde ich es wichtig, dass sich die Stadt bewusst für die Energieautonomie entscheidet, da erst dann persönliche, privatwirtschaftliche und staatliche Investitionsentscheidungen in eine gemeinsame Richtung getroffen und nicht gegenläufige Ziele verfolgt werden. Denn: Jetzige und zukünftige Generationen brauchen Orientierung in Energiefragen, also realistische und dennoch begeisterungsfähige Ziele, die eigenverantwortliches Handeln auslösen. Wir haben die Chance, ein Signal zu setzen, dessen positive Wirkung insbesondere auf jüngere Jahrgänge nicht zu unterschätzen ist. Da die bekannten und abschätzbaren Reserven von Öl, Gas und Uran nach allen seriösen Prognosen in diesem Jahrhundert, das heisst in wenigen Generationen, aufgebraucht sein werden, müssen wir früher oder später unseren Energiebedarf zu 100% aus erneuerbaren Energien decken. Wir haben in diesem Saal bereits eine ganze Reihe von guten Ideen und Massnahmen einer zukunftsweisenden Energiepolitik beschlossen. Das ist super so. Aber diese einzelnen Beschlüsse lösen noch nicht die erforderliche Begeisterung aus, da sie jeweils nur einen bestimmten Schritt zeigen, ohne dass eigentlich klar ist, wie die Situation am Ende aussehen wird und soll.

Eine Vision definiert dagegen ein Ziel, an dem sich zukünftige Entscheidungen – persönliche, politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche – orientieren können. Und dies ist das Neue an der Vision „Energieautarke Stadt Schaffhausen“: Sie erzeugt Optimismus, zeichnet ein realistisches Zukunftsbild und bündelt alle notwendigen Aktivitäten in eine gemeinsame Richtung. Also, klären wir doch nun die Machbarkeit dieser Vision ab. Ich danke in diesem Sinne für die Überweisung meines Postulates.

Erlauben Sie mir, die FDP-Fraktionserklärung abzugeben:

Sie unterstützt das Postulat aus den eben angeführten Gründen einstimmig. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme Stadtpräsident

”Ich finde es angenehm - und anders, wie das, was wir vorhin gehört haben - dass wir uns mit Visionen beschäftigen können. Es ist wichtig zu wissen, auf welcher Flughöhe wir sind. In diesem Sinne werde ich selbstverständlich sehr wohlwollend mit diesem Postulat umgehen, aber ich muss jetzt schon klar machen, dass, sobald Kosten verlangt werden und genaue Abrechnung vorliegen müssen, dies kaum möglich sein wird, weil die Flughöhe relativ hoch ist. Trotzdem enthält dieses Postulat nicht nur eine Vision, sondern macht auf eine Sorge aufmerksam, die uns alle beschäftigen muss, vielleicht nicht mich und einige, die hier in diesem Saal sitzen, auch nicht mehr. Spätestens die nächsten Generationen und die übernächsten werden sich sehr stark, wenn nicht primär, mit diesen Gedanken beschäftigen müssen. Darum sind wir auch hier in diesem Rat aufgefordert, heute schon die richtigen Weichen zu stellen.

Das Postulat von Grosstadträtin Christine Thommen und Mitunterzeichnenden reiht sich nahtlos in eine Serie von bereits überwiesenen Vorstössen ein, die letzten waren: Das Klimaschutz- und Energiekonzept – Schaffhausen auf dem Weg zur 2000 Watt-Gesellschaft (Motion Peter Neukomm, Oktober 07) sowie Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2050 (Motion Urs Tanner, November 08). Beide warten auf eine Antwort, dazu kommt noch das Postulat von Christine Thommen, das in eine ähnliche Richtung geht. Die Antworten wurden bisher nicht erteilt, weil wir nichts getan haben oder aus Angst vor der Antwort. In der Zwischenzeit liegen aber die entsprechenden Berichte/Studien vor, sowohl für das Thema 2000 Watt-Gesellschaft als auch für den Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie. Anhand des Umfangs dieser Unterlagen ist deutlich erkennbar, dass wir das Thema nicht alleine bewältigen können, sondern über unsere Grenzen Richtung Kanton Ausschau halten müssen, wo gleiche Vorstösse ebenfalls zur Behandlung anstehen. Ich stelle fest, dass es in den Köpfen noch sehr viel zu tun gibt, aber auch bei uns an Arbeiten, die wir Ihnen vorlegen müssen.

Das Postulat verlangt die Prüfung einer energieautarken Stadt Schaffhausen. In der Begründung verweist die Postulantin auf die in Deutschland und Österreich bereits zahlreichen energieautarken Gemeinden und Regionen. Diese produzieren mindestens genau so viel erneuerbare Energien, wie sie verbrauchen. Gemäss Postulat soll die Energiestadt Schaffhausen hier eine Pionierrolle übernehmen und die Zielsetzung Energieautarkie verfolgen.

Energieautarkie bedingt neben der Substitution der endlichen Energieträger durch erneuerbare Energieträger und neue erneuerbare Energieträger insbesondere weitgehende Effizienzmassnahmen, namentlich im Gebäudebereich, bei den technischen Apparaten und beim Verkehr. Aufgrund der begrenzten Ressourcen ist Energieautarkie denn auch ohne Energieeffizienz schlicht weder denkbar, noch machbar.

Und es müssen auch Fragen zur Suffizienz erlaubt sein. Ist es richtig, dass immer mehr beheizte Wohnfläche pro Kopf konsumiert wird? Wir beanspruchen heute doppelt so viel Wohnfläche pro Kopf wie in den 60iger Jahren. Wieso werden Unterhaltungsgeräte im noch Standby-Betrieb gehalten? Woher stammen unsere Nahrungsmittel? Und letztlich sind wir auf Innovationen in Bezug auf energiesparende Produkte und Dienstleistungen angewiesen, ohne Raubbau an den Ressourcen vorzunehmen. Dazu hat beispielsweise das Stadtzürcher Parlament am 15. September 2010 einen 10 Mio. Franken Forschungskredit bewilligt, um herauszufinden, wie der Lebensstil der Zürcher beeinflusst werden kann, um eine 2000-Watt-Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Stadtrat stimmt überein, dass die Stärkung der Energieversorgung aus erneuerbaren und regionalen Quellen ökonomisch sinnvoll ist. Denn im Gegensatz zu den endlichen Energieträgern, wo grosse Finanzströme in Richtung Förderländer fließen, bleibt die Wertschöpfung in der Region und schafft Arbeitsplätze. Zahlreiche Energiestädte haben sich deshalb das Ziel 2000-Watt-Gesellschaft auf die Fahne geschrieben und erhoffen sich dadurch langfristig Standortvorteile.

Energieautarkie ist nun in grossflächigen ländlichen Gemeinden oder Regionen durchaus erreichbar. In grösseren, aber auch in kleineren Städten mit grosser Siedlungsdichte ist diese Vorgabe indessen wesentlich schwieriger umzusetzen, wenn nicht gar unmöglich. Energieautarkie ist in einer Stadt nur dann möglich, wenn eine hohe Produktion an erneuerbaren Energieträgern - also ein hohes Potenzial an Windenergie, Solarenergie, Bioenergie, Wasserkraft oder Geothermie - vorhanden ist. Das trifft in städtischen Perimetern aber leider selten zu. Energieautarkie kann deshalb nicht in einer Abkapselung nach aussen verstanden werden.

Sinnvoller als die städtische ist deshalb die regionale Betrachtungsebene. Energieautarkie auf kommunaler Ebene ist vernetzt mit anderen Gemeinden der Region zu betrachten. Jede Kommune reduziert ihren Energieverbrauch signifikant und liefert in einem weiteren Schritt eine optimale - oder optimierte - Eigenerzeugung an erneuerbarer Energie. Dadurch lassen sich Gunst- und Ungunstfaktoren innerhalb der Region ausgleichen. Beispielsweise ist das Geothermie-Potenzial in der Stadt Schaffhausen aus heutiger Sicht eher bescheiden, während sich Investitionen in Geothermie-Kraftwerke im Raum St. Gallen durchaus lohnen können. Die regionale Betrachtungsweise setzt eine regionale und überregionale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, Kantonen und Ländern voraus. Schaffhausen zählt dabei zum Grossraum Zürich und zur Bodenseeregion, mit der wir sehr gut vernetzt sind und in diesen Fragen bereits heute eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, Kantonen und Ländern stattfindet.

Der Stadtrat kann einer Überweisung des Postulates aus diesen Überlegungen also dann zustimmen, wenn anstelle einer energieautarken Stadt Schaffhausen die regionale und überregionale Zusammenarbeit gemeint ist, mit dem Ziel, innerhalb der Region langfristig eine Energieautarkie anzustreben. Der Stadtrat bittet die Postulantin, ihr Postulat in diesem Sinne abzuändern. Auch dieses Ziel ist ambitioniert - wir haben es ja zum Glück mit einer Vision zu tun - stimmt aber mit den Absichten von Bund, Kantonen und Städten zur langfristigen Einführung einer 2000-Watt-Gesellschaft überein. Mit dem Kanton Schaffhausen pflegt die Stadt in dieser Fragestellung besonders enge Kontakte und will auch die am Anfang erwähnten Vorstösse, die auf kantonaler Ebene fast gleichlautende Pendanten haben, koordiniert beantworten.

Zu Walter Hotz: Wir sind seit zwei Jahren mit dem Kanton gerade in Energiefragen an einem Tisch, aber die Probleme können bekanntlich weder auf kantonaler, noch auf städtischer Ebene allein gelöst werden. Die Beantwortung auf diese Fragen werden wir zusammen mit dem Kanton, beziehungsweise mit der Regierung an den Kantonsrat, in Übereinstimmung bringen. Wir haben keinerlei Berührungsängste und im Gegensatz zu früher ist die Zusammenarbeit ausserordentlich fruchtbar und vertrauensvoll - lassen Sie sich überraschen, was auf dieser Ebene alles möglich sein wird.

Die Umstellungen werden zwar Geld kosten, aber es wird nicht in den luftleeren Raum befördert. Wenn die Innovation bei uns stattfindet, profitieren vor allem auch Firmen bei uns. Diese Investitionen werden wichtige wirtschaftliche Impulse auslösen; viele Firmen in Schaffhausen sind bereit, diese Herausforderung anzunehmen und einen entscheidenden Beitrag zu unserer Zukunftsfähigkeit leisten. In jedem Fall werden nämlich die Energiepreise markant steigen. Für rechtzeitige Weichenstellungen in eine gesicherte Energieversorgung - das ist keine Vision - braucht es deshalb weiterhin Anschubhilfen wie Förderprogramme - diese sind auch immer wieder in unserem Budget enthalten - lukrative Einspeisevergütungen - allerdings nicht über das Budget der Stadt Schaffhausen - Verbilligungsaktionen für energiesparende Haushaltgeräte, dazu gibt es in dieser Woche eine Veranstaltung im Energiepunkt. Es braucht aber auch private Player in diesem Bereich. Die ganze Thematik hat durchaus etwas mit Outsourcing zu tun, wir wären völlig alleine auf uns gestellt, wenn wir keine privaten Akteure mit im Boot hätten. Zudem darf die öffentliche Hand nichts verlangen, was sie nicht selber vorlebt, ihre Vorbildfunktion wird sehr wohl in der Bevölkerung überprüft und wahrgenommen. Darum macht der Vorstoss Sinn und nimmt uns in die Pflicht. Wir sind bereit, bei einer Anpassung des Perimeters, das Postulat entgegenzunehmen. “

Alfred Tappolet (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die Stadt Schaffhausen wäre wahrscheinlich noch lange nicht energieautark, auch wenn wir unseren vom Rhein produzierten Strom und die Energie unserer Wälder in die Verbrauchsstatistik einrechnen. Leider ist es so, dass wir die Energie vom Rheinkraftwerk mit dem Label Ökostrom vermarkten, und dabei auch Kunden ausserhalb vom Versorgungsgebiet des Kraftwerks suchen. Dasselbe gilt für unser selbst produziertes Nutzholz.

Das Postulat einer energieautarken Stadt und einer von Erdöl, und ich nehme an, auch von Atomstrom und Gas unabhängigen Stadt, ist sicher ein Wunschtraum, aber kaum umsetzbar. Wir brauchen keine Professoren zu bemühen, um festzustellen, dass wir das sehr gut ausgebaute Erdgasnetz wohl kaum mit Biogas betreiben können. Dieses Netz wäre sicherlich bei einer energieautarken Stadt stillzulegen. Auch die Dieselbusse müssten auf allen Linien durch Trolleybusse ersetzt werden. Auch hier brauchen wir keine Berechnungen, um zu wissen, dass dies nicht möglich ist. Oder wollen Sie in Schaffhausen nach Erdgas oder Erdöl bohren, um die Busse weiter zu betreiben?

Wie kommen Gemeinden in Österreich oder Deutschland zu ihrem Label der Energieautarkie? Ganz einfach, der Stadtpräsident hat ebenfalls darauf hingewiesen. Diese Gemeinden oder Regionen sind meist ländlich, haben wenige, meist gar keine eigenen öffentlichen Verkehrsmittel und viele Touristen, die sich informieren wollen, was dort los ist, kommen mit dem Auto oder mit Bussen. Ich weiss es, weil ich selbst dort war. Diese Gemeinden haben zusammen mit der örtlichen Waldwirtschaft Wär-

meverbunde mit Holzschnitzelfeuerungen und Biogasanlagen gebaut. Die Biogasanlagen produzieren mit dem Gas elektrische Energie und die Abwärme wird zusammen mit grossen Holzschnitzelfeuerungen in einem Wärmeverbund eingeleitet. Solche Projekte sind sicher sinnvoll, aber auf städtische Verhältnisse kaum anwendbar. Schon gar nicht in Städten, welche über ein gut ausgebautes Erdgasnetz verfügen. Ausserdem werden für den Betrieb der Biogasanlagen meist Ackerkulturen verwendet, die den Nahrungsmittelketten fehlen und durch Nahrungsmittelimporte ersetzt werden müssen. Dies würde für Schaffhausen im grossen Stil zutreffen.

Ich bitte Sie, von den geforderten Sandkastenspielen abzusehen. Dies würde ja nur aufzeigen, wie viel erneuerbare Energieeinheiten auf städtischem Gebiet produziert werden. Davon zieht man die verbrauchte, nicht erneuerbare Energie ab. Die Differenz ist mit erneuerbarer Energie auszugleichen. Wie Sie alle wissen, ist das marktwirtschaftlich geführte Unternehmen der Städtischen Werke nach wie vor daran interessiert, natur made Strom nur den dafür zahlenden Kunden zu verkaufen. Darum suchen die Städtischen Werke auch Kunden ausserhalb ihres Versorgungsgebiets, das heisst ausserhalb der Stadt Schaffhausen, sogar kantons- oder gar landesübergreifend. Das Unternehmen investiert einen Teil des Mehrerlöses wiederum in die Förderung erneuerbarer Energien. Die Situation würde anders aussehen, wenn wir die Region grösser fassen - da stimme ich mit den Ausführungen des Stadtpräsidenten überein. Dies ist gut so, und zeigt auf, dass wir keine neuen Berechnungsformen brauchen.

Dieses Postulat dient nur dazu, eine theoretische Bürokratie zu fördern, etwas, das kaum auf der Linie der FDP liegt. Hier soll ein Papiertiger produziert werden - wie übrigens noch an andern Orten, wenn es um die Umwelt geht - der nichts zu einer sinnvollen Nutzung unserer Energie beiträgt. Wir bekennen uns zu unserem Energiemix, der aus Gas, Elektrizität und fossilen Brennstoffen besteht. Der Kanton und die Stadt versuchen zudem, wo immer möglich erneuerbare Energien zu fördern und einzusetzen. Dazu stehen wir, und das wollen wir auch objektbezogen und nicht flächendeckend umsetzen. Entgegen jeder Vernunft wird dieses Parlament das Postulat wahrscheinlich überweisen. Eine populistische Umweltpolitik findet überall, auch bei der FDP, Anhänger. Wichtig ist nur, dass der eigene Lebensstil nicht darunter leidet. Bitte überprüfen Sie alle Ihren Lebensstil auf die 2000 Watt-Gesellschaft, und Sie werden mir Recht geben. Wir von der SVP wollen eine vernünftige Energiepolitik, darum lehnen wir dieses Postulat ab. Ich hätte bei diesem Postulat gerne den gleichen Satz gehört: Peter Neukomm hat gesagt, das Outsourcing werde vom Stadtrat ernst genommen, darum brauchen wir das Postulat nicht. Das Gleiche hätte der Stadtpräsident sagen können, die Energiepolitik wird vom Stadtrat sehr ernst genommen, darum brauchen wir dieses Postulat nicht. Aber ich habe davon nichts gehört.

Abschliessend möchte ich der Postulantin sagen, dass sie bei mir offene Türen einrennt. Ich persönlich hatte die erste Holzschnitzelfeuerungsanlage in der Stadt Schaffhausen, nämlich vor 20 Jahren. Ebenso hatte ich eine der ersten Fotovoltaikanlagen in der Stadt Schaffhausen, sie ist mittlerweile rund 10 Jahre alt. Ich habe diese Investitionen ohne Fördergelder gemacht und das Thema auf meinem Betrieb viel ernster genommen, wie Sie in Ihren vielen Erklärungen je darüber nachgedacht haben. "

Marianne Streicher-Schwyn (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Der SP/AL-Fraktion gefällt der Vorstoss gut, sehr gut sogar, er könnte glatt von uns

stammen. Er zielt schliesslich auch in die gleiche Richtung wie einige Vorstösse unserer Fraktion, allen voran der Motion zur 2000-Watt-Gesellschaft. Dieses Ziel können wir nur gemeinsam erreichen. Deshalb hoffen wir, dass den interessanten Fragen auf dem Papier auch Taten in Form von finanziellem Engagement bei der Umsetzung des Postulats Thommen folgen. Wir brauchen ihre Stimme, wenn es darum geht, Investitionen in eine Zukunft ohne fossile Brennstoffe und atomare Risiken zu tätigen oder schon bald ganz konkret bei der Verhinderung einer Kürzung der Energieförderbeiträge im Zusammenhang mit der SLA.

Die SP/AL-Fraktion freut sich deshalb über bürgerliche Schützenhilfe für erneuerbare Energien und wird der Überweisung des Postulats von Christine Thommen zustimmen. “

Katrin Bernath (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Energieautarke Regionen sind keine Vision grüner Träumer, sondern technisch und ökonomisch umsetzbare Konzepte. Dies ist ein Zitat des Bundesamtes für Energie in einem Statement zur Energieregion Goms. Das Goms hat vor rund drei Jahren die Vision formuliert, sich als energieautarke Region zu positionieren. In der Zwischenzeit sind zahlreiche Projekte realisiert worden, von einem regionalen Holzschnitzerverbund über Informationstage in den Schulen bis zu einem Pilotprojekt mit Elektroautos, das national und international auf breites Echo gestossen ist. Das Goms ist nur eines von zahlreichen Beispielen von Regionen und Gemeinden im In- und Ausland, die das Ziel einer möglichst autarken Energieversorgung als Chance erkannt haben.

Auch Schaffhausen sollte die Chancen erkennen und nutzen, die mit dem langfristigen Ziel einer autarken Energieversorgung verbunden sind. Die folgenden, bereits gehörten zwei Gründe sind dabei an erster Stelle zu nennen:

1. Dieses Ziel ergänzt die bisherige Energiepolitik und setzt einen zusätzlichen Impuls, den Verbrauch von Energie aus nicht erneuerbaren Quellen zu senken und verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen.
2. Die regionale Wertschöpfung wird durch die lokale, dezentrale Energieproduktion und durch effiziente Energieanwendungen gestärkt. Dazu noch einmal ein Zitat aus dem Statement des Bundesamtes für Energie: Die Förderung von erneuerbaren Energien stärkt die regionale Wirtschaft, schafft lokal Arbeitsplätze und erschliesst neue Einkommensquellen.

Eine berechtigte Frage dabei ist, ob das Ziel der Energieautarkie für die Stadt Schaffhausen überhaupt realisierbar ist. Entscheidend für die Beantwortung dieser Frage ist, welche Abgrenzung vorgenommen wird. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, wenn der ganze Kanton einbezogen wird.

Eine weitere Frage ist, zu welchen Kosten wir das Ziel erreichen können. Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu berücksichtigen, dass das Ziel nicht heute oder morgen zu erreichen ist und grosse technische Fortschritte gemacht werden. Die Preise für Fotovoltaikanlagen zum Beispiel sind seit 2006 um 40% gesunken und die sogenannte Netzparität wird schon in wenigen Jahren erreicht, das heisst der auf dem eigenen Dach produzierte Strom wird schon bald billiger sein als derjenige aus der Steckdose.

Zudem sind nicht nur die Kosten, sondern auch der unmittelbare und langfristige Nutzen zu betrachten. Dieser Nutzen setzt sich zusammen:

- aus der zusätzlichen lokalen Wertschöpfung,
- aus vermiedenen externen Kosten durch Umweltbelastungen,
- aus den Einsparungen bei den heute überwiegen ins Ausland abfliessenden Geldern für fossile Energie.

Dass die Energiepreise, insbesondere für Erdöl in Zukunft steigen werden, ist unter Experten unbestritten. Zum Schluss komme ich zur Frage: Was braucht es, damit wir diese Chancen nutzen können? Als Erstes braucht es die Vision der Energieautarkie als klares Bekenntnis für eine zukunftsfähige Energieversorgung.

Als nächstes geht es darum, den Weg zur Realisierung dieser Vision zu konkretisieren. Etwas bewegen können wir aber nur, wenn wir uns alle in kleineren und grösseren Schritten bewegen, und alle erkennen, welchen Beitrag sie leisten können. Deshalb ist dem vierten Punkt des Postulats besonderes Gewicht beizumessen. Neben der Bevölkerung sind auch das lokale Gewerbe, die Industrie, die Land- und Forstwirtschaft, die Energieversorgungsunternehmen und weitere Partner einzubeziehen, die von entsprechenden Projekten profitieren können.

Aus diesen Gründen wird die OeBS/CVP/EVP-Fraktion dem Postulat zustimmen, mit dem Hinweis, über die Stadtgrenze hinaus zu blicken und die Energie in konkrete Projekte zu stecken, anstelle in detaillierte Berechnungen zum zweiten und dritten Punkt des Postulats. “

Till Hardmeier (JFSH)

Votum

”Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen, sagt man so schön. Schade, dass Dr. Paul Bösch nicht mehr im Rat ist, er würde sich über so viel Kundschaft freuen. Bevor wir über eine energieautarke Stadt sprechen können, sollten wir wissen, woher unsere Energie kommt und was sie kostet. Ich habe bei den Städtischen Werken gesehen, dass die Stromlieferung sich im Vorjahr zu 51% Wasserkraft, 48% Kernenergie, 0.1% Sonnenenergie, 0.7% Biomasse und einem kleinen Rest zusammensetzt.

Wir müssen nochmals ein Rheinkraftwerk beim Lindli bauen oder ein Kernkraftwerk beim Munot oder in Hemmental, damit wir energieautark werden können. Nicht zu sprechen von allen Verbrennungsmotoren und Erdgas, die wir noch vergessen haben. Oder wollen Sie alle wie Gerold Meier mit seinem Stadtflyter mit 80 noch in die Pedalen treten?

Ein Blick auf die Energiekosten:

- Kernkraftwerk: 5 Rappen pro Kilowattstunde
- Wasser: Faktor 1 bis 18
- Wind: Faktor 1.5 bis 7
- Solar: 11-30 mal teurer
- Geothermik: Faktor 2 bis 5
- Biogas: Faktor 3
- Biodiesel: Faktor 4.5

Ein Verzicht auf Atomstrom, was dieser Vorstoss ja unter anderem will, wird also massiv mehr kosten.

Ich habe nachgelesen, dass ein Verzicht auf Kernenergie in der Schweiz ungefähr CHF 9'000.-- pro Kopf kostet, für eine Familie mit zwei Kindern bedeutet dies rund CHF 36'000.--; umgerechnet auf die Stadt Schaffhausen, unter der Annahme, dass sie diese Kosten übernimmt, ergäbe sich ein Betrag von CHF 310 Mio. Wir müssen die Steuerfuss in den nächsten 20 Jahren um 15% gegenüber heute erhöhen. Da frage ich mich schon, ob das wirklich ein Kernanliegen der FDP ist, dass alle das Postulat unterzeichnet haben.

Meines Erachtens sollten Private, wie wir dies gehört haben, Erdwärme, Biotreibstoffe oder Holzschnittelheizungen nutzen und anbieten, wenn sie das wollen. Eine systematische Investition oder Förderung der Stadt ist viel zu teuer. Die freiheitliche Gruppe FDP/JFSH kann deshalb diesen Vorstoss der Staatsangestellten-Fraktion nicht unterstützen. "

Thomas Hauser (FDP)**FDP-Fraktionserklärung**

"Alfred Tappolet, ich bringe Ihnen einen nicht populistischen Antipapiertiger, klein, aber fein.

Zu diesem Thema liest und hört man unheimlich viel. Was wird an erneuerbarer elektrischer Energie alles probiert. Aus meiner Optik sind Abklärungen für die Stadt Schaffhausen, und um diese Stadt dreht sich das Postulat, eigentlich ganz einfach. Unsere Vorfahren haben mit dem Engeweiher und der dazugehörigen Turbine an der Rheinstrasse ein Pumpspeicherkraftwerk erstellt, bei dem man mit überzähligem Nachtstrom des Kraftwerks Wasser in den Engeweiher pumpen kann, sodass man zu Verbrauchsspitzenzeiten in umgekehrter Richtung elektrischen Strom produzieren kann. Nun stellt sich die Frage, ob man diesen Speicherweiher in Richtung Eschheimetal erweitern und die Stromproduktion vergrössern könnte. Da Abklärungen in dieser Richtung etwas bringen könnten, bitte ich Sie diese Motion zu unterstützen. "

Ernst Spengler (SVP)**Votum**

"Ich habe bei der Begründung des Postulats verschiedentlich von der preisgünstigen erneuerbaren Energie gehört und frage die Postulantin nach dem Preis für eine Kilowattstunde. Ich schätze den Preis auf ungefähr 20 Rappen. Eine 10 Kilowatt-Fotovoltaikanlage, erstellt in 2008, hat eine kostendeckende Einspeisevergütung von 74 Rappen. Wo ist da die preisgünstige erneuerbare Energie? Ein Windrad mit einer gewissen Leistung kostet eine Million Franken. Wo ist da die preisgünstige erneuerbare Energie? Ich bin nicht dagegen und erzeuge selbst Solarenergie. Man sollte einfach bei der Wahrheit bleiben. Eine Folge des Postulats wäre eine Motion "Höherer Stau des Rheins um einen Meter, flächendeckende Bestückung des Randens mit Windrädern" - das wäre die Konsequenz. "

Kurt Zubler (SP)**Votum**

"Bei diesem Vorstoss der FDP-Fraktion handelt es sich um einen der wichtigsten Vorstösse dieser Legislatur. Ich bin deshalb unbedingt der Meinung, dieser sollte unterstützt werden. Es ist nicht wichtig, ob die Ressourcen Erdöl, Uran, Erdgas und so weiter in 50, 80, 100 oder 150 Jahren aufgebraucht sind, wichtig ist nur, und da stimmen Sie sicherlich mit mir überein, dass sie endlich sind. Deshalb müssen wir uns der Zukunftsaufgabe schon heute stellen, wenn wir nicht nur an die warme Stube von heute, sondern auch an unsere Kinder und Kindeskinde und darüber hinaus. Es geht nicht nur um die Energie, sondern um den Rohstoff. Gerade in der Landwirt-

schaft ist der Rohstoff Erdöl für die Erzeugung verschiedenster Produkte, die für eine effektive und effiziente Landwirtschaft eingesetzt werden, sehr wichtig - ausser man schwenkt total und flächendeckend auf Bio ein, was auch ein Ansatz wäre. Auch in der Medizintechnik und in der Pharmazie ist Erdöl ein sehr wichtiger Rohstoff und Industriebetriebe, wie derjenige von Josef Eugster, sind darauf angewiesen, dass Kunststoffprodukte produziert werden können und eben nicht nur in nächsten 100 Jahren. Deshalb ist es zentral, dass wir uns dieser Herausforderung stellen und sie als Gesellschaft wahrnehmen. Auch wenn es - und da sind wir uns einig - ein globales Problem ist, können wir jetzt einen lokalen Beitrag dazu leisten. Deshalb bin ich der Meinung, dass dieser Vorstoss unterstützt werden muss. “

SR Thomas Feurer**Schlusswort**

”Es gibt ein Sprichwort, das in diesem Rat sehr gerne gebraucht wird, es heisst “gouverner, c’est prévoir”. Wenn ich den Voten gut zugehört habe, vor allem Alfred Tappolet und Till Hardmeier, hat man das Gefühl, dass alles, wie es ist, in Ordnung sei. Kurt Zubler hat es erwähnt, dass die Energiereserven in 50-70 Jahren beim Erdöl, etwas später beim Erdgas und nochmals 20 Jahre später beim Uran zu Ende sind. Das ist nicht Politik des Stadtrats der Stadt Schaffhausen - das ist schlicht und einfach bekannt; es sind Zeitabstände, die nicht im Sinne von “Ja, es gibt dann schon eine Lösung” auf sich warten lassen können. Machen Sie sich keine Illusionen, dass diese Energien einfach eines Tages nicht mehr aus der Gasleitung oder aus dem Benzin hahn kommen, sondern im Vorfeld werden ziemlich schwierige Verteilmechanismen auf der Welt stattfinden, denn diejenigen, welche diese Energie haben, sind nicht unbedingt diejenigen, die sie benötigen. Wir hatten bereits in der letzten Zeit Vorfälle wie Kriege und Konflikte, die primär auf die Energiefragen zurückzuführen sind.

Lassen Sie uns die Frage “gouverner, c’est prévoir” ernst nehmen; ich glaube nicht, dass wir mit der Entgegennahme dieses Postulats schon Geld ausgeben, wir sensibilisieren uns und unsere Umwelt auf etwas, das mit Garantie auf uns zukommen wird. Wir wären schlecht beraten, wenn wir einfach den Kopf in den Sand stecken. “

Alfred Tappolet (SVP)**Votum**

”Herr Stadtpräsident, das lasse ich natürlich nicht auf mir sitzen. Wir, die wir schon vor langer Zeit nach alternativen Energien gesucht haben, haben weiter in die Zukunft geschaut als alle, die wir heute Abend gehört haben. Ich versichere Ihnen heute Abend, und Sie können mich beim Wort nehmen, dass die Biogasanlagen in Deutschland, die mit nachwachsenden Rohstoffen betrieben werden, mit jeder Garantie still gelegt werden, bevor Erdöl und Erdgas ausgehen. Das verspreche ich Ihnen an dieser Stelle. Auch wenn Sie regional denken wollen, hat diese Energieversorgung keine Zukunft.

Der Stadtpräsident hat den Vorwurf erhoben, ich wolle eine Energieversorgung, wie sie zurzeit besteht, und nicht in die Zukunft schauen. Ich frage Sie an dieser Stelle, wer hat vor 20 Jahren mit der Holzschnitzelfeuerungsanlage in die Zukunft geschaut und vor 12 Jahren auch eine Fotovoltaikanlage gebaut? Ich lasse mir auch von einem Stadtpräsidenten nicht sagen, dass ich alles so belassen möchte, wie es ist. Es geht mir nur darum, an dieser Stelle auf Tatsachen hinzuweisen, damit wir nicht ins Leere laufen, das ist alles. “

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

„Ich möchte mich kurz dazu äussern, auch wenn wir nicht viel Zeit haben. Ich bin der Meinung, es braucht keine weiteren Vorstösse für die Schublade, seien sie noch so gut gemeint. Geben Sie ein ehrliches Bekenntnis dazu ab und lassen Sie auch bei uns Windanlagen und Sonnenkollektoren sowie höhere Einstauhöhen bei der Wasserproduktion zu, und dann ist das Problem auch bei uns schnell gelöst.“

Urs Tanner (SP)**Votum**

„Eigentlich hat mir meine Fraktion Redeverbot erteilt, aber zwei Sätze muss ich jetzt trotzdem sagen; ich werde auch nichts sagen, was mir nicht erlaubt wäre, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn die FDP parteiintern diskutiert, dürfen wir das auch einmal. Nehmen wir uns doch Alfred Tappolet als Vorbild in diesem Saal, nicht als Diskutant, sondern als Macher. Wenn wir alle "kleine Alfred Tappolet" werden und so produzieren, werden wir autark, das ist doch akzeptiert in diesem Rat. Sie sind wirklich nicht schuld daran, dass es Energien gibt, die auslaufen. Einmal ist auch nicht der Stadtrat daran schuld, sogar nicht einmal der ganze Grosse Stadtrat. Also, heute können doch schlaue Bauern und andere Mitbürgerinnen und Mitbürger Geld verdienen mit Energie, es gibt in Riehen ein Einfamilienhaus einer fünfköpfigen Familie, ein so genanntes Plus Energiehaus; der Eigentümer produziert doppelt so viel Energie wie er braucht und schickt der IWB, Industrielle Werke Basel, eine Rechnung von CHF 10'000.-- jährlich. Denken Sie in die Zukunft, geben Sie Gas, aber ohne Gas.“

Christine Thommen (FDP)**Schlusswort**

„Ich möchte nur kurz zu einzelnen Voten Stellung nehmen. Zu Stadtpräsident Thomas Feurer: Für mich ist es ganz klar, dass ein überregionaler Ansatz mit den Massnahmen, mit denen das Ziel einer Energieautarkie erreicht werden kann, gewählt werden muss. Neue Zusammenarbeitsformen sind für mich darin enthalten. Wenn das noch offener formuliert werden soll, ist das für mich in Ordnung, Für mich ist dies explizit bereits enthalten. Zu Alfred Tappolet: Dass die Energieautarkie nicht von heute auf morgen umsetzbar ist und auch heute nicht schon so ist, ist auch mir klar. Ich spreche ja auch von Visionen, öffnen Sie Ihren Horizont. Es geht um eine längerfristige Zielsetzung, was scheinbar für einige in diesem Saal nicht klar ist. Zum Vorwurf des Populismus: Das fände ich super, dann wäre ein wesentliches Ziel nämlich schon erreicht, dass es alle Leute toll finden und auf diesen Zug aufspringen. Vielen Dank, das nehme ich schon fast als positives Signal auf. Zu den Aussagen von Till Hardmeier: Es tut mir leid, dass er offenbar ein Leben ohne Visionen führt. Mir ist dazu gerade ein Sprichwort einfallen, im Sinne von „Ohne Visionen existiert man zwar weiter, aber man hört auf zu leben“. Das kann Till Hardmeier für sich selbst machen, aber für zukünftige Generationen ist ein blosses Vor-sich-hin-existieren ein Egoismus sondergleichen, den ich für mich und für künftige Generationen nicht verantworten kann. Schlussendlich werde ich nie begreifen, was eine solche Frage mit Rechts oder Links zu tun hat. Wenn man nur in diesem Schema denkt, kommen wir nie zu tragfähigen und sinnvollen Lösungen für die Zukunft, denken Sie doch einmal darüber hinaus.“

Formulierungsvorschlag von Stadtpräsident Thomas Feurer

Neuformulierung von Punkt 1 des Postulats von Christine Thommen:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und dem Grossen Stadtrat Bericht zu erstatten:

1. Mit welchen Massnahmen das Ziel der Stadt Schaffhausen in einer energieautarken Region erreicht werden kann.

Christine Thommen (FDP) ist damit einverstanden.

Schlussabstimmung:

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat und die am 16. November 2010 beschlossene Neuformulierung von Punkt 1 mit 24 : 9 Stimmen erheblich.

Traktandum 3 Postulat Daniel Preisig: Ganzjährig nutzbare Rhybadi: Wellness-Oase mit Munotblick!

Daniel Preisig (JSVP)

Begründung

"Innovationen haben es nicht leicht in unserem Städtchen. Schlechtmacher und Verhinderer sind meist schnell zur Stelle. Trotzdem versuche ich heute, eine etwas unübliche – aber wie ich meine innovative – Idee einzubringen. Auf jeden Fall sind Wellness-Anlagen keine Frage der Parteipolitik, und vielleicht kommt es ja auch zu später Stunde noch zu einer Versöhnung. Es geht um die Weiterentwicklung unserer Stadt. Saunafans gibt es in allen politischen Lagern, und empfängliche Köpfe für innovative Ideen auch.

Durchschnittlich 30 bis 35 Tage mit badetauglichem Wetter zählt man in unseren Breitengraden. Nicht gerade viel. An allen anderen Tagen des Jahres ist eine normale Badenutzung im Rhein nicht möglich. Eigentlich schade, dass unsere Rhybadi trotz ihrer Einzigartigkeit und der zentralen Anlage nur eine sehr kurze Zeit des Jahres genutzt werden kann. Wellness-Anlagen sind voll im Trend. Besonders ansprechend gestaltete, naturnahe Erholungsorte sind sehr gefragt. In Überlingen und Radolfzell gibt es Saunaanlagen direkt am See, in Meersburg kann man sogar über dem See – in nachgebauten Pfahlbauhüsli – saunieren. Warum also die Rhybadi nicht mit einem Saunabereich für den Winter ergänzen? habe ich mich gefragt und diesen Vorstoss eingereicht. Der Vorstoss verlangt, dass die Machbarkeit einer Wellness-Anlage in der Rhybadi seriös untersucht wird.

Noch selten habe ich auf einen Vorstoss bereits im Vorfeld derart viele Reaktionen bekommen. Interessant waren auch die angeregten Diskussionen am Ratsausflug. Die meisten Reaktionen waren positiv, manche humoristisch, einige aber auch skeptisch. Von Aussagen wie "super Idee, so was fehlt in Schaffhausen" bis hin zur totalen Ablehnung war alles dabei. Einige fragten mich, warum ich keinen türkischen Hamam vorgeschlagen hatte. Auch ein russisches Banja mit dem berühmten gegenseitigen Abklopfen mit Birkenzweigen wäre sicher eine attraktive Option. Doch zurück zum Vorstoss. Motiviert durch das zahlreiche Feedback habe ich mich intensiver mit den genannten Einwänden und Bedenken beschäftigt und Interessantes herausgefunden. Lassen Sie mich in den nächsten Minuten auf viel gehörte Einwände eingehen.

Ein viel gehörter Einwand betrifft die Wirtschaftlichkeit: So eine Sauna würde nicht rentieren, hiess es. Ich verstehe diesen Einwand gut, der Betrieb einer Wellness-Anlage ist gewiss keine Staatsaufgabe. Die Kernfrage lautet denn auch: Kann eine Wellness-Anlage dieser Art profitabel betrieben werden? Die Antwort lautet: Ja. In der schriftlichen Begründung meines Postulates habe ich einige Beispiele profitabel operierender Anlagen aufgeführt. Es gibt aber noch weitere Beispiele, wie ich bei

einer kleinen Recherche herausgefunden habe.

Beispiel 1:

Am ehesten mit der Schaffhauser Rhybadi vergleichbar ist wohl das Seebad Enge in Zürich. Seit 11 Jahren wird diese Anlage von einer privaten Betreibergesellschaft (Tonttu GmbH) betrieben. «Ist der Sauna-Betrieb im Seebad Enge profitabel?» diese Frage stellte ich der Betriebsleiterin Cornelia Leu am Telefon und bekam eine interessante Antwort: "Die Sauna im Seebad ist ein eigentliches Erfolgsprojekt. Die Betriebsgesellschaft erhält keine Zuschüsse der öffentlichen Hand" bestätigte mir Frau Leu. Es tendiere sogar dazu, dass eine Quersubventionierung zugunsten des Sommerbetriebes stattfindet: "Mit dem Saunabetrieb können die tiefen Badi-Einnahmen eines schlechten Sommers ausgeglichen werden. Die Sauna läuft bei jedem Wetter, die Badi nicht. " Im Jahr 1999 startete die Betriebsgesellschaft, damals noch als Verein organisiert, später dann als GmbH, mit einer rudimentären Sauna. Aus eigener finanzieller Kraft wurden bis heute drei Saunaräume, ein Liegeraum, ein Ruheraum und ein Saunacafé eingerichtet. Die Sauna ist immer dann geöffnet, wenn kein Badebetrieb stattfindet. Im Sommer ist die Sauna grundsätzlich geschlossen, für eingefleischte Stammgäste gibt es 1x pro Woche, üblicherweise sonntags, nach Badeschluss eine Sauniermöglichkeit. So kommen sich der Bade- und Saunabetrieb nicht in die Quere. Im Winter funktioniert der Saunabetrieb mit einem Mitarbeiter in der Tagesschicht und zwei Mitarbeitern am Abend. Die Betreibergesellschaft organisiert auch Konzerte, Poetry-Slams und andere kulturelle Veranstaltungen.

Beispiel 2:

Etwas rheinabwärts gibt es seit zwei Wochen bereits eine Rhybadi-Sauna. In Basel, im zweistöckigen Jugendstil-Flussbad „Rhybadhysli Breite“ hat am 1. November die «Sauna am Rhy» eröffnet. Drei Gesellschafter haben CHF 200'000.-- Kapital gesammelt, sie rechnen mit einem Gewinn ab der 2. oder 3. Saison. Die Sauna am Rhy in Basel funktioniert mit Aufbauten auf der Rhybadi, die im Sommer wieder abgebaut werden. Auch die Sauna am Rhy bekommt keine staatlichen Zuschüsse, wie mir Hubert Lutz – einer der drei Gesellschafter – am Telefon bestätigte. Es gäbe noch weitere Beispiele: Auch im Seebad Utoquai gibt es eine Sauna, da allerdings nur für Clubmitglieder.

Fazit zur Frage der Wirtschaftlichkeit:

Die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit sind aus meiner Sicht unbegründet, wie andere Anlagen eindrücklich zeigen. Im Gegenteil: Mit einer Wellness-Anlage könnte die Bilanz des Rhybadi-Sommer-Betriebs verbessert werden.

Ein weiterer, oft gehörter Einwand betrifft die notwendigen baulichen Massnahmen. Es wird befürchtet, dass eine Wellness-Anlage ein zu grosser Eingriff bedeuten würde. Ich teile die Beurteilung, dass der Charme der Rhybadi auf keinen Fall verändert werden darf. Die für die Saunen, den Ruheraum und die dazugehörige Infrastruktur (wie Garderobe, Duschen und Toiletten) wintertauglich zu machenden Gebäudeteile könnten problemlos im bestehenden Baukörper entlang der Strasse und der Spitze untergebracht werden. Abgesehen von den Saunen selbst, wären diese Elemente im Sommer-Badebetrieb ebenfalls benutzbar. Alternativ wären – nach dem Modell Basel – temporäre Aufbauten möglich. Auch aus Sicht der Denkmalpflege ist vor allem im unteren – verhältnismässig neuen – Bereich der Badi ein gewisser baulicher Gestaltungsspielraum vorhanden, wie mir Denkmalpflegerin Maya Orbann heute am Telefon bestätigte. Wichtig für die Denkmalpflege ist die Erhaltung der Holzbauten entlang der Strasse und in der Spitze mit den Garderobenkästli – Elemente, die den eigentlichen Charakter des Kastenbades ausmachen.

Fazit: Ein Saunabetrieb ist ohne einschneidende bauliche Massnahmen und unter Einhaltung der Vorgaben der Denkmalpflege möglich. Die Denkmalpflege kann nicht als Hinderungsgrund vorgeschoben werden.

Vor allem die bisherigen Stammgäste der Rhybadi wehren sich gegen Veränderungen. Sie wollen die Badi, wie wir sie heute kennen, möglichst unverändert erhalten. «Die Rhybadi muss unsere Badi bleiben.» heisst es. Die Angst, die Badi könnte zweckentfremdet werden, ist in meinen Augen völlig unbegründet. Die Rhybadi ist ein eigentlicher Glücksfall: Mit der Länge von 189 m ist sie das grösste Kastenbad der Schweiz und bietet mehr als genügend Platz für verschiedene Nutzungen. Niemand stellt die Nutzung als Badi in Frage. Wir sprechen von einer Ergänzung. Badi, Restaurant, Lounge und Wellness sind problemlos nebeneinander möglich.

Fazit: Ein Nebeneinander der verschiedenen Nutzungen ist problemlos. Sauna und Badi ergänzen sich ideal: Immer dann, wenn die Badi geöffnet ist, ist die Sauna geschlossen, und umgekehrt.

Der letzte Einwand, zu dem ich etwas sagen möchte, ist die Konkurrenzierung: Wir dürften die bestehenden Saunen nicht konkurrenzieren, heisst es. Dazu möchte ich Folgendes festhalten: Wir dürfen nicht vergessen, bestehende Saunen (Aisuma in der KSS, Eurofit) sind eher sportlich orientiert, die Einrichtungen überzeugen vorwiegend durch Preisgünstigkeit, Zweckmässigkeit und ihre Nähe zu Sportanlagen. Die allenfalls künftig entstehende Wellness-Anlage im geplanten Hotel auf der Bleiche wird eher auf Hotelgäste fokussiert sein. Die Rhybadi-Spa wäre mit diesen Angeboten überhaupt nicht vergleichbar.

- Nirgends sonst kann man das einmalige Ambiente der Rhybadi erleben.
- Nirgends sonst kann man mit Munotblick saunieren.
- Und nirgends sonst kann man sich naturnah im Rhein abkühlen.

Die Rhybadi-Spa wäre etwas Einzigartiges und würde Kundschaft von weit her anlocken. Es ist kaum anzunehmen, dass jemand beim aktuellen Wellness-Boom die Kundschaft verlieren wird. Ausserdem: Konkurrenz belebt den Markt. Es wäre schade, wenn Schaffhausen diese Entwicklung aus protektionistischen Gründen verschlafen würde.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, ich konnte die Bedenken ausräumen und Sie sehen heute nicht nur die Risiken, sondern haben auch den Blick für die Chancen. Die Aufwertung der Rhybadi ist eine riesige Chance für Schaffhausen. Die Rhybadi-Spa könnte ein Magnet für Einheimische, aber auch für Besucher unserer Stadt werden. Ich sehe schon das neue Titelbild der Tourismus-Broschüre unserer Stadt vor Augen: Im Vordergrund die Wellness-Anlage am Rhein, im Hintergrund die Stadtkulisse mit Munot im Abendrot. Die Rhybadi-Spa wäre ideal kombinierbar mit anderen Genussangeboten der Region (Wein, Natur, Gourmet-Küche). Die Rhybadi-Sauna: Ein Magnet für Gäste des Schaffhauserlands. Die Hotellerie, die Restaurants und Bars in der nahen Altstadt könnten profitieren. Kein Zweifel: Das Innovationsprojekt "Rhybadi Spa" würde Schaffhausen gut anstehen.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen: Mit Ihrer Zustimmung bewirken Sie, dass der Stadtrat in seiner auf nächstes Jahr versprochenen Rhybadi-Vorlage die Wellness-Option seriös prüft. Dann haben wir Fakten und Zahlen und können entscheiden. In diesem Sinne hoffe ich, dass es nicht der Vorstoss ist, der Sie ins Schwitzen bringt und wir hoffentlich bald den ersten Aufguss in der Rhybadi-Sauna feiern können.

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung:

Unsere Fraktion unterstützt die Aufwertung des Rheinufer und sieht darin ein grosses Entwicklungspotenzial für unsere Stadt. Unsere Fraktion unterstützt den Stadtrat bei der Attraktivierung des Rheinufer und setzt folgende drei Schwerpunkte:

Damit eine wirkliche Aufwertung stattfinden kann und die Investitionen in alle Teilprojekte begründbar sind, braucht es einen bedeutenden Anziehungspunkt. Wir werden es nicht schaffen, die Bevölkerung an den Rhein zu bringen, nur weil die Rheinuferstrasse etwas schöner gestaltet wurde. Es reicht nicht, die Rhybadi einfach neu anzupinseln. Wenn wir das Rheinufer wirklich aufwerten wollen – und nur dann lassen sich auch die anderen Teilprojekte wie die Umgestaltung der Rheinuferstrasse und die neue Fussgängerbrücke rechtfertigen – dann brauchen wir mehr. Was es braucht, ist ein richtiger Anziehungspunkt, es braucht ein Magnet. Es braucht einen Ort, wohin die Leute gerne hingehen. Deshalb unterstützen wir die Idee des Stadtrates, die Rhybadi ergänzend auch als Restaurant und Sommer-Lounge zu nutzen. Auch die Wellness-Anlage kann Teil dieses Anziehungspunktes sein.

Für den Betrieb aller Anlageteile (also nicht nur der Sauna) sollen, wenn immer möglich, private Betreiber gesucht werden; private Betreiber, die auch ohne Subventionen auskommen können. Es muss das Ziel sein, dass die Rhybadi als ganzes kein Defizit mehr produziert. Von anderen Anlagen wissen wir, dass ein Ganzjahresbetrieb profitabel sein kann. Das öffnet die Tür für eine Zusammenarbeit mit professionellen, privaten Betreibergesellschaften und neue Finanzierungsmöglichkeiten. Die Stadt bleibt Eigentümerin der Anlage und kann wichtige Rahmenbedingungen vertraglich festlegen. Betrieben wird die Anlage von einer privaten Gesellschaft. Ein erweiterter Sommerbetrieb wird hingegen ziemlich sicher weiter defizitär sein und auch die Investitionen würden mit Sicherheit voll durch die Stadt getragen werden müssen. Unsere Fraktion begrüsst deshalb die Ankündigung des Stadtrates anlässlich der letzten Baufachkommissionssitzung, uns demnächst eine Vorlage mit verschiedenen Varianten vorzustellen. SVP-Fraktion erwartet auch eine Variante, die private Betreiber und vielleicht sogar auch Investoren vorsieht.

Ein privater Betreiber braucht Freiheiten. Wir bitten den Stadtrat, sich aus betrieblichen Details wenn immer möglich rauszuhalten und keine unnötig einschränkenden Auflagen zu machen. Selbstverständlich braucht es vertragliche Regelungen, damit die Auflagen des Denkmalschutzes eingehalten und der einmalige Charakter der Anlage erhalten werden kann. Liegestühle, Sonnenschirme und vielleicht auch der Innenausbau sind dem Betreiber zu überlassen. Ebenso, ob es eine finnische, kanadische, türkische oder russische Sauna geben soll. Unternehmerische Freiheiten ermöglichen Innovation, den effizienten Einsatz der Finanzen und halten die Kosten tief. Voilà, das wär's. Die SVP – heute ganz die Sauna-Volks-Partei – unterstützt diesen Vorstoss einstimmig. “

SR Peter Käppler**Stellungnahme**

„Ich hoffe, Sie fühlen sich wohl in diesem Wellness-Tempel Kantonsratssaal, der Stadtrat wird zu diesem Postulat wie folgt Stellung nehmen.

Daniel Preisig bittet in seinem Postulat den Stadtrat zu prüfen, ob es möglich ist, die Schaffhauser Rhybadi im Rahmen der anstehenden Sanierung mit einem ergänzenden, ganzjährig nutzbaren Wellness-Bereich (Sauna, Dampfbad, Ruheraum) zu erweitern.

Die Erhaltung und Pflege sowie die Optimierung der Nutzung der Rhybadi stand in vorderster Priorität der Anliegen aus dem Mitwirkungsprozess Planung Rheinufer Schaffhausen. Aus diesem Grund und der unabhängigen Umsetzbarkeit wegen, wird die Aufwertung Rhybadi im Masterplan Rheinufer als Projekt Nr. 1 aufgeführt und folgendermassen umschrieben:

„Die Rhybadi ist eine wertvolle architektonische Besonderheit, die zu erhalten und zu pflegen ist. Sie soll den Badenden wie bisher offen stehen, jedoch ein Teil auch der breiteren Öffentlichkeit für geeignete Nutzungen zugänglich gemacht werden.“

Verschiedene Grundlagenarbeiten wurden in der Zwischenzeit in Auftrag gegeben:

- Detailinventar Denkmalpflege
- Michael Hanak, Zürich, in Zusammenarbeit mit Denkmalpflege Schaffhausen
- Zustandsbericht Holztragkonstruktion
- Sanierungsmassnahmen Holztragkonstruktion
- Ingenieurbüro für Holzbau, Stefan Gerber, Hallau
- Gastronomiekonzept
- Gastronomieberatung Beat Läubli, Zürich

Ebenfalls zu den Materialien gehört das von den Architekten Hofer / Wäckerlin privat erstellte Konzept für die Neunutzung des westlichen Teils der Rhybadi im Sinne eines Forums.

Unter den Legislatorschwerpunkten 1.6 hat sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt, dass Schaffhausen für alle Altersstufen einladend ist und adäquate Angebote vorhanden sind. Unter diesen Aspekten erachtet der Stadtrat als wichtig, dass die Rhybadi mit dem historischen Charakter von der breiten Öffentlichkeit genutzt werden kann.

Zu den einzelnen Berichten:

Detailinventar Denkmalpflege:

Das Rheinbad wurde 1870 an der Stelle in den Rhein hinaus gebaut, wo der Gerberbach von der Altstadt herkommend in den Fluss mündet. 1912/13 wurde die Anlage flussabwärts um das "Frauenbad" verlängert. Das heutige Bad ist zur Hauptsache ein Gebäude, das im Zuge der etappenweisen Gesamterneuerung in den Jahren 1938 bis 1954 entstanden ist. Vom ursprünglichen Bau übernommen wurden die Lage, die Grundform und die Konzeption. Die Umbauten erfolgten ohne radikalen Bruch, stets im Geiste des ursprünglichen Baus. Mit der Errichtung der Rheinuferstrasse 1969 wurde der rheinseitige Fussgängerbereich bis an das Bad herangeführt. Die Rhybadi gilt heute als das grösste noch erhaltene Kastenbad der Schweiz. Die Einzigartigkeit und der Charakter dieser Anlage sollen erhalten bleiben. Daher ist es unausweichlich, dass sämtliche Eingriffe mit der Denkmalpflege abzusprechen sind.

Zustandsbericht Holztragkonstruktion:

Der Holzbauingenieur Stefan Gerber aus Hallau hat den Auftrag erhalten, den Zustand der Holztragkonstruktion zu überprüfen. Die uferseitige Wand ist auf der ganzen Länge erheblich durch Fäulnis und Holzwurmbefall geschädigt, wobei die Fäulnis das grössere Problem darstellt. Betroffen sind in erster Linie die Bodenschwelle und in zweiter Linie die Stützen im Anschlussbereich an die Betonkragplatte der Rheinuferstrasse. Die fehlende Durchlüftung im Anschlussbereich und das häufige Ausspritzen des Sockelbereiches mit Wasserstrahl sind die Hauptursachen für das Schadensbild. Soll die Anlage langfristig weiter betrieben werden, muss der Schwel-

lenbereich auf der ganzen Länge ersetzt werden, ein Flickwerk macht keinen Sinn. Zwar sind Einschränkungen oder Sperrungen nicht notwendig, die Sanierungsarbeiten sollten aber so rasch als möglich angegangen werden. Der Beitrag für diese Arbeiten ist deshalb im Budget 2011 eingestellt.

Nutzungskonzept:

Es wurde eine Standortbestimmung vorgenommen und Grundlagen für ein sowohl sinn- wie auch massvolles Betriebskonzept erarbeitet. Dabei hat sich gezeigt, dass eine Ganzjahresnutzung kaum Sinn macht. Zu umfangreich und einschneidend wären die notwendigen Anpassungen und Eingriffe an der Gebäudesubstanz. Der Fokus wurde gelegt auf eine Koexistenz von Baden und zusätzlichen Nutzungen.

Es wird empfohlen, der lokalen Bevölkerung einen erweiterten Zugang zur Rhybadi mit einem multifunktionalen Nutzungsangebot zu ermöglichen. Profilieren kann sich der Standort mit folgenden Aktivitäten:

- Badanstalt mit beschränktem Wellness-Angebot
- "Loungebetrieb" mit attraktivem Getränke- und Snackangebot (ähnlich dem Flussbad Schanzengraben in Zürich)
- Kulturelle Veranstaltungen in Form von Konzerten, Theater, Ausstellungen oder Lesungen

Damit die einzelnen Angebotsbereiche professionell betrieben werden können, ist zu den baulichen und konzeptionellen Anpassungen vor allem auch eine neue operative Philosophie notwendig. Erarbeitet werden muss vor allem das Zusammenspiel der einzelnen Verantwortungsbereiche des Bade- und Gastronomiebereichs. Erste Kostenschätzungen zeigen, dass für Aufwertungen (Abdecken der Wasserbecken, Gastronomieeinrichtungen, Mobiliar) Kosten von ungefähr CHF 700'000.-- bis CHF 800'000.- anfallen können. Diese Zahlen sind natürlich abhängig vom definitiven Betriebskonzept und müssen in den nächsten Schritten verfeinert, überdenkt und, wenn immer möglich gesenkt werden. Für den Stadtrat im Vordergrund steht eine moderate Nutzung im Sommerbetrieb im westlichen Teil der Rhybadi. Eine Ganzjahresnutzung, wie sie das Postulat Preisig vorschlägt, ist aus heutiger Sicht kaum umsetzbar, und auch die Munotsicht wird kaum zu schaffen sein, da von diesem Teil der Badi der Kamin des KV-Gebäudes die Sicht auf den Munot versperrt.

Wie sieht der Stadtrat das weitere Vorgehen?

Sanierungs-/Instandstellungsarbeiten:

Wie bereits erwähnt stehen verschiedene Sanierungsarbeiten an, welche unabhängig von zukünftigen Betriebs-, Nutzungs- und Aufwertungskonzepten ausgeführt und auch nicht hinaus geschoben werden können. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um gebundene Kosten:

Sanierung Holztragkonstruktion	CHF 170'000.--
allgemeine Instandhaltungsarbeiten	CHF 160'000.--
TOTAL	CHF 330'000.--

Dieser Beitrag ist wie bereits erwähnt im Budget 2011 eingestellt, in einem Monat werden wir darüber diskutieren können.

Betriebskonzept, Betreiber:

Mit der Neuausrichtung der Rhybadi werden auch die Anforderungen an die Betriebsführung gesteigert. Ziel ist es, so bald als möglich eine Vorlage an das Parla-

ment zu überweisen und im Anschluss an die Beschlüsse des GrSR, Varianten den Betreiber auszuschreiben. Stadt übernimmt den Betrieb nicht.

Architektonisches Konzept Aufwertungsmassnahmen:

Für neue zusätzliche Nutzungen bietet sich der westliche Teil des Kastenbades, das ehemalige Frauenbad förmlich an. Mit einfachen Massnahmen kann hier innerhalb der bestehenden Gebäudestruktur eine Plattform für ein vielfältiges Zusatzangebot entstehen. Der Stadtrat ist mit Ihnen einig, dass es nicht Sache der Stadt sein kann, den Betrieb selbst zu führen.

Im Mai 2008 haben die Architekten und Gestalter Roland Hofer und Christian Wäckerlin eine Konzeptstudie zu diesem Bereich des Bades mit ähnlichem Resultat beim Hochbauamt platziert. Aufgrund der bereits geleisteten Arbeit wird eine Zusammenarbeit mit diesem Planerteam angestrebt. Für die anstehenden Projektierungsarbeiten ist ein Planungskredit (Verpflichtungskredit) vorhanden.

Vorlage an den Grossen Stadtrat:

Als Abschluss dieser Arbeiten wird eine Vorlage an den Grossen Stadtrat ausgearbeitet mit dem Ziel, ein sowohl wirtschaftlich als auch architektonisch tragfähiges, breit abgestütztes Konzept präsentieren zu können. Es ist geplant, diese Vorlage im Frühling 2011 dem Grossen Stadtrat zu überweisen. Die einzelnen Anliegen des vorliegenden Postulates sind Teil der laufenden Abklärungen und Projektierungen und werden mit der Vorlage genauer beantwortet werden.

Der Stadtrat empfiehlt Ihnen daher, das Postulat im Sinne der auszuarbeitenden Vorlage entgegenzunehmen und das Postulat nach der Behandlung der Vorlage durch den Grossen Stadtrat abzuschreiben. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

”Die FDP-Fraktion wird dieses Postulat ablehnen, obwohl der Inhalt noch reizvoll und vielversprechend tönt. Aber das in Vancouver geborene Postulat rennt hier nicht nur offene Türen ein – es fliegt vor lauter Durchzug auf der anderen Seite bereits wieder heraus. Vor rund eineinhalb Jahren erhielten wir im Grossen Stadtrat den Masterplan Rheinufer. Punkt 1 widmet sich der Rhybadi mit den Worten Optimierung Nutzung und Sanierung und im Bericht über den Mitwirkungsprozess werden unter Punkt 5.1.2. Optimierungsvorschläge und entsprechende Anregungen gemacht. Zudem sind, das hat man in Fachkommission Bau gehört, diesbezüglich bereits Arbeitsgruppen an der Arbeit. Jetzt noch ein Postulat „Wellness Oase mit Munotblick“ hinterher zu schieben, ist aus unserer mehrheitlichen Meinung überflüssig – dies umso mehr, da die Realisierung einer Aisuma-ähnlichen Anlage in der Rhybadi bautechnisch gar nicht möglich ist. Im Masterplan und in Arbeitsgruppen hat man das Ziel Optimierung der Nutzung Rhybadi längstens erkannt – darum lehnt die FDP diesen Vorstoss mehrheitlich ab. “

Urs Tanner (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Daniel Preisig hat zwar Visionen, aber auch ein wenig Angst vor dem Arzt. Er formuliert zwar die Visionen ausführlich und sehr schön, aber er klammert sich konsequent an die Kostenneutralität, seine Vision darf nichts kosten. Da klaffen schriftliche und mündliche Begründungen doch auseinander. Auf zwei Seiten - wahrscheinlich im Geiste von Kanada und im Geiste von noch anderen Stoffen - hat Daniel Preisig die Luxusvariante beschrieben und heute Abend mündlich die M-Budget-Variante prä-

sentiert.

Man müsste die verschiedenen Varianten genauer überprüfen, beispielsweise die Variante Basel, die in der Rhybadi St. Johann mit Vereinsstrukturen arbeitet oder die Rhybadi Breiti, die kostenneutral arbeitet und wieder andere Strukturen wie wir in Schaffhausen hat. Ich kann Daniel Preisig mitteilen, dass seine Idee gut ist, aber nichts kosten, das geht wirklich nicht.

Vor 9 Jahren hat am Rheinufer die grosse Party stattgefunden, nächstes Jahr kommt die Wiederholung. Dann wird den Schaffhauserinnen und Schaffhausern wieder einmal klar, was an der Rheinkante alles geschehen könnte und in der nächsten Zeit wahrscheinlich auch geschehen wird. Thomas Hauser und SR Peter Käppler haben darauf hingewiesen, es sei bereits viel passiert. Eine grosse Allianz der Vernunft, sanft begleitet von unserer Fraktion, hat mit dem Masterplan Fahrt aufgenommen und geht mit den Segeln langsam in den Wind. Die Perle Nr. 2 der Vorlage ist bereits im Budget 2011 enthalten und im Dezember befinden wir in diesem Rat darüber.

Wir, die SP/AL-Fraktion, werden zu grossen Teilen Ihrem Vorstoss zustimmen, weil die Gelegenheit, die SVP bei Infrastrukturvorlagen zu unterstützen, sich nicht jeden Tag bietet. Ich glaube, es ist der erste Vorstoss seit 12 Jahren. Eine von der Rheinufergestaltung getrennte Vorlage wäre tatsächlich absurd. Es ist richtig, dass die Vorlage, die im Frühjahr 2011 dem Grossen Stadtrat präsentiert wird, die Rhybadi enthalten muss. So entsteht kein Papiertiger, und das Postulat wird mit der Vorlage abgeschrieben. Ich bitte die FDP etwas grosszügiger zu sein, Teile von Ihnen waren ja schon von Anfang an dabei.

Der Dreipunkteplan mit den Bedingungen hat aber mit dem Vorstoss nicht allzu viel zu tun, wir diskutieren hier über die Formulierung, die Daniel Preisig verlangt, und nicht über die von der SVP/EDU-Fraktion verlangte Formulierung. Wir stimmen der ersten Begründung von Daniel Preisig zu. Inhaltlich kann anhand der Vorlage entschieden werden, wie progressiv oder konservativ diese auch sein möge. Es ist genügend Zeit zur Erarbeitung einer Vorlage vorhanden, mit welcher Variante auch immer, ob Status quo, kleine oder grössere Variante.

Ich bitte den Stadtrat, falls der Vorstoss eine Mehrheit erreicht, den Titel oder das Adjektiv "ganzjährig" genauer zu überprüfen und nicht schon im Voraus einzuschränken; dies würde den Vorstoss zu sehr beschneiden. Das Seebad Luzern zeigt einen mutigen Entwurf, das ist meine private Meinung. Auch ein Ergänzungsbau darf angedacht werden, vielleicht schicken mich jetzt die Kollegen der Rhybadi auch zum Arzt wegen Visionen. Denke, skizzieren und malen darf gestattet sein, das hat sogar Stadtpräsident Thomas Feuerer mit dem Projekt der Arteplage im Rhein gemacht. Dieses Vision ist tatsächlich geplatzt, aber man kann ja klüger werden, das Volk, meine ich, und nicht wir, und solche Projekte auch einmal unterstützen - nein, das war jetzt ein Witz. Betreffend Kosten: Die dargestellte Kostenneutralität wird allerdings mit der Vision der Ganzjährigkeit und der angestrebten Nutzung nicht möglich sein, diese Idee wird wohl kaum unter zwei Millionen Franken kosten. Das ist nicht gratis, McDonald sponsert sie jedenfalls nicht. Ich hoffe, dass Sie dann immer noch "zu eins" - wie ein Mann und eine Frau - zur Vorlage stehen, wir freuen uns darauf. Wir unterstützen teilweise das Postulat, werden Sie aber bei Steuersenkungsphantasien und anderen Vorstössen wieder an Infrastrukturvorlagen erinnern. "

Martin Roost (OeBS, parteilos)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionsklärung

"Unsere Fraktion hat mehrheitlich Sympathie für diesen Vorstoss, meinen aber, dass

das Postulat offener im Sinne des Stadtrats formuliert werden sollte und begrüssen eine Neuformulierung des Textes wie folgt: *„Der Stadtrat wird eingeladen, die Schaffhauser Rhybadi im Rahmen der anstehenden Sanierung mit einem ergänzenden ganzjährig nutzbaren Bereich zu erweitern.“* Das schliesst einen Wellness-Bereich überhaupt nicht aus. Die Mehrheit der Fraktion sieht Chancen in der Rhybadi, wir haben heute Abend gehört, dass bereits Pläne existieren und Verschiedenes gemacht werden kann, was heute noch nicht gemacht wird. “

Till Hardmeier (JFSH)**Votum**

„Ich möchte einen Blick in Richtung Zürich werfen, dort gibt es - wie wir heute Abend gehört haben - die Badi Enge, das Utoquai- auch das Rimini-Bad. Alle laufen auch am Abend sehr gut. Im Rimini gibt es einen Montagsmarkt, es gibt Kino- und Fussballabende, after work-Party und ein beheiztes Zelt mit Fondue im Winter, es können Hochzeiten stattfinden oder andere Parties mit DJ oder Bands. Das Programm ist vielfältig. Die Infrastruktur ist schlank, es gibt keine Luxusküche oder Abdeckungen für das Bad. Vielleicht könnten wir einiges davon übernehmen. Es ist primär eine Badi, alles andere wird „darumherum“ organisiert. Meiner Meinung nach ist eine Beiz und ein Wellnessangebot auch in Schaffhausen möglich, obwohl Schaffhausen nicht so viele Studenten wie Zürich hat. Es hat durchaus Leute in unserem Alter, die abends gerne einen Drink nehmen oder in die Sauna gehen möchten. Ich bin sicher, dass ein Ganzjahresbetrieb laufen würde. Die freiheitliche FDP/JFSH-Gruppe unterstützt das Postulat, und wir sind mit dem Vorredner einig, dass ein privater Organisator den Betrieb führen muss und nicht die Stadt. Ich freue mich jetzt schon darauf, bald zwischen den Stadträten in der Rhybadi zu sitzen und hitzige Diskussionen führen zu dürfen. “

Martin Egger (FDP)**Votum**

„Edgar Zehnder hat schon Recht, es ist nicht immer einfach, die FDP zu verstehen und der politischen Meinungsbildung der FDP-Fraktion zu folgen. Es beruhigt mich festzustellen, dass es auch in der SVP-Fraktion Vorstösse gibt, die auf den ersten Blick als reine Vision abgetan werden könnten, bei genauerem Hinhören aber dann doch sehr prüfenswert sind. Zugegeben, es fällt mir nicht unbedingt einfach, nachdem die SVP zusammen mit ihrem Juniorpartner, den Freiheitlichen, während des ganzen Abends die FDP als Zielscheibe genutzt haben, als FDP-ler für einem Vertreter eben dieser SVP-Fraktion, nämlich Daniel Preisig, eine Lanze zu brechen. Als Person, die visionären Gedanken durchaus etwas abgewinnen kann, aber vor allem auch als Person, die nicht nachtragend ist, möchte ich mich für den Vorstoss von Daniel Preisig einsetzen. Ich habe Vertrauen in die seriösen Recherchen von Daniel Preisig und unterstreiche zusätzlich, dass ein ganzjähriger Rhybadi-Betrieb durchaus ohne staatliche Unterstützung gewinnbringend betrieben werden kann. Als Beispiele möchte ich die ganzjährig betriebenen Anlagen auf der KSS anführen, die rentieren. Aus diesem Grund unterstütze ich den Vorstoss von Daniel Preisig. “

Lotti Winzeler (OeBS)**Votum**

„Ich erlebe eine Diskrepanz zwischen dem, was der Stadtrat sagt und dem, was der Postulant betreffend Ganzjährigkeit wünscht. So wie ich den Stadtrat verstanden habe, ist er der Ansicht, dass eine ganzjährig nutzbare Rhybadi keinen Sinn ergibt. Deshalb bin ich erstaunt über seine Aussage, er würde das Postulat überweisen lassen. Vielleicht kann der Postulant meine Unsicherheit klären und den Text abändern. Hinter der Forderung „ganzjährig“ kann ich nicht stehen und würde dementsprechend

den Vorstoss ablehnen. “

SR Peter Käppler**Stellungnahme**

”Sie fragen, warum der Stadtrat das Postulat unterstützt. Ich verweise auf den Postulatstext, wo der Postulant Daniel Preisig den Stadtrat bittet zu prüfen, ob eine ganzjährige Nutzung der Rhybadi möglich sei.

Wir werden in der Vorlage auf diese Idee eingehen; es gehört zur Grundlagenarbeit zu wissen, welche Anforderungen an einen Ganzjahresbetrieb gestellt werden. Es gibt ganz unterschiedliche Varianten, die wir überprüfen und in die Vorlage einfließen lassen. Erst dann kann eine Diskussion stattfinden und Entscheide können gefällt werden. Zurzeit sind wir mit den Arbeiten noch nicht so weit, deshalb erachtet es der Stadtrat nicht problematisch, das Postulat zu überweisen. Aus heutiger Sicht sieht ein Ganzjahresbetrieb schwierig aus, deshalb wollte ich mit meinen Ausführungen auch nicht zu viel Euphorie aufkommen lassen. Aber wir werden eine seriöse Überprüfung sämtlicher Varianten vornehmen. “

Daniel Preisig (JSVP)**Schlusswort**

”Ich bedanke mich für die Unterstützung von verschiedenen Seiten, es ist ein guter Abschluss des Abends. Ich bin mit der Abwicklung des Vorstosses im Rahmen der schon geplanten Vorlage einverstanden; womit ich nicht einverstanden bin, ist mit dem Rauswurf des Themas Ganzjährigkeit, weil es genau darum geht. Eine Sauna im Sommer macht wenig Sinn. Der SR hat im Rahmen der Baufachkommission letzte Woche in Aussicht gestellt, dass er beide Varianten, die Ganzjährigkeit und den ausgedehnten Sommerbetrieb, überprüfen wird. Zur Ganzjährigkeit als Option kommt noch die Wellness-Option dazu.

Zu Urs Tanner: Bezüglich Infrastrukturvorlagen und der SVP muss ich unseren Ruf retten. Wir waren beim Freien Platz dafür, bei der KSS-Eishalle ebenso und auch beim Kunstrasenfeld des Bühlplatzes. So starke Nein-Sager sind wir nicht. Zum Vorschlag von Martin Roost, den Bereich anstelle des Wellness-Bereiches zu nennen. Natürlich bin ich nicht gegen ein ganzjährig nutzbares Restaurant. Zurzeit ist dies aber nicht Diskussionspunkt dieses Vorstosses, und es wäre falsch, dies zu ändern. Ich glaube daran, dass sich der Stadtrat an die in der Fachkommission Bau geäußerten Ankündigungen hält und alle Varianten in die Vorlage mit entsprechendem Zahlenmaterial illustrieren wird. Dann können wir entscheiden. “

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 24 : 8 Stimmen erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN:

Der nächste Punkt auf der Traktandenliste ist der Vorstoss von Fabian Käslin, der sich bis Ende November entschuldigt hat. Das Büro hat sich entschlossen, die Sitzung vom 30. November 2010 ausfallen zu lassen.

Das Parlament trifft sich zu seiner nächsten Sitzung am Dienstag, 14. Dezember 2010, mit Beginn 16 Uhr (Doppelsitzung) und dem Haupttraktandum Budget 2011.

Neu eingegangenes Geschäft:

Kleine Anfrage von Walter Hotz (FDP): Informationspolitik des Stadtrats, Eingangsdatum 16.11.2010 .

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 20:51 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring